



Zeitschrift der AG Cuba Sí
in der Partei DIE LINKE

Kuba, Wahlkampf und DIE LINKE

Politisch steht das Jahr 2021 im Zeichen von Wahlen: Sechs Landtage und der Bundestag werden neu gewählt. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es Themen in die Wahlprogramme der Parteien schaffen, die ansonsten für die bundesdeutsche Politik weniger relevant sind.

Mehr als erstaunlich ist allerdings, dass nicht etwa in den Mitte-Rechts-Parteien, sondern in der LINKEN das Thema Kuba zu Beginn dieses „Superwahljahres“ instrumentalisiert und missbraucht wurde. Die parteiinterne Gruppe „Emanzipatorische Linke“ (EmaLi) hatte im Januar mit einem Antrag an den Parteivorstand versucht, die bisher auf Solidarität und Respekt beruhende Kuba-Politik unserer Partei infrage zu stellen. Überraschend kam dieser Vorstoß allerdings nicht: Die EmaLi-Initiative reiht sich ein in die Bestrebungen einiger Weniger in der LINKEN, die antiimperialistischen und friedenspolitischen Grundsätze unserer Partei zu verändern und aufzugeben.

Diese geplante Neuausrichtung der Außen- und Friedenspolitik unserer Partei muss verhindert werden! Wie das gelingen kann, hat der entschlossene Protest zahlreicher Parteimitglieder und Sympathisanten gegen den mehr als missverständlichen Vorstandsbeschluss vom 23. Januar gezeigt. Der Parteivorstand sah sich gezwungen, nicht nur eine Klarstellung vorzunehmen, sondern auch die uneingeschränkte Solidarität der LINKEN mit der kubanischen Revolution zu bekräftigen. Dies ist aber nur ein Etappensieg. DIE LINKE muss den neuen Beschluss jetzt in konkrete Politik umsetzen und gemeinsam mit Cuba Sí die Solidarität mit Kuba weiter stärken. (→ siehe *Cuba Sí-Info*)



Foto: Cuba Sí

Am 21. November 2020 packten rund ein Dutzend Kubafreunde aus Magdeburg und Berlin in Haldensleben (Sachsen-Anhalt) den 4. Container des Jahres mit Sachspenden für Kuba.



Foto: ICAP

Am 29. Januar 2021 wurde der Container vom kubanischen Gesundheitsministerium (Minsap) und vom Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in Havanna in Empfang genommen. Anwesend war der Präsident des ICAP, Fernando González Llort (4. v.l.), einer der Cuban 5 und Held Kubas. Der Container war gefüllt mit Krankenhausbetten, Verbrauchsmaterial für chirurgische Eingriffe, Spritzen, Kanülen, Dialysebedarf, u.a.m. Für das medizinische Personal ist Berufsbekleidung wie Kittel, Hosen und Kasacks bestimmt. Und den kleinen Patienten werden die mitgereisten Kuscheltiere gewiss Freude bereiten. Muchas gracias – unser Dank gilt den AMEOS-Kliniken in Haldensleben für die großzügige Spende der Klinikbetten, Nachttische und Matratzen sowie allen Helfern und den Spendern, die diese große Geste der Solidarität möglich gemacht haben.



Zeit für Zuversicht

Liebe Leserinnen und Leser,

pünktlich zum Frühjahr halten Sie die erste Ausgabe unserer *Revista* in den Händen. Die Redaktion hat sich vorgenommen, in diesem Jahr wieder zwei Ausgaben herauszugeben. Das zeigt Ihnen, dass wir die personellen Engpässe des Vorjahres überwunden haben (→ siehe *Revista* 1/2020) und mit großer Zuversicht an der strukturellen Weiterentwicklung unserer Organisation arbeiten. Wir freuen uns, dass Steffen Niese das dreiköpfige Team der hauptamtlichen Cuba Sí-Mitarbeiter vervollständigt und sich damit die Leistungsfähigkeit unseres Büros weiter konsolidiert. Steffen ist seit vielen Jahren ehrenamtlich bei Cuba Sí tätig und kennt Kuba durch mehrjährige Forschungsaufenthalte ganz ausgezeichnet. Unser aufrichtiger Dank gebührt unserem Compañero Wolfgang, der das Büro während der mehr als einjährigen personellen Durststrecke mit außerordentlichem Einsatz unterstützte.

Im Editorial der letzten Ausgabe berichteten wir von unserem Ziel, unseren regional Engagierten eine größere Mitwirkung bei Fragen der Solidaritätsarbeit zu ermöglichen. Der

Diskussionsprozess ist in vollem Gange. Die Beteiligten erörtern verschiedene Modelle, um regionale Erfahrungen und Aktivitäten stärker in der Gesamtorganisation abzubilden. Mit dieser Integration wollen wir eine flächendeckendere Sichtbarkeit und breitere Wirksamkeit für unsere Solidaritätsarbeit erreichen – in der Bundesrepublik und auch in unserer Partei.

Denn dass es hier Luft nach oben gibt, zeigt uns die jüngste Diskussion innerhalb der LINKEN zum Stellenwert von Internationalismus im Allgemeinen und zur Solidarität mit Kuba im Speziellen. Die Debatte rief ein enormes Echo an Solidaritätsbekundungen für das sozialistische Kuba und für das Wirken von Cuba Sí als Arbeitsgemeinschaft in der LINKEN hervor und bewog uns zu einer Dokumentation auf vier Extra-Seiten. Unsere Schlussfolgerung daraus ist, zielgerichteter über Entwicklungen in Kuba in unserer Partei zu informieren, die sich durch den Eintritt jüngerer Mitglieder verändert. Wir werden auch künftig kontinuierlich den Internationalismus und die Solidarität mit Kuba einfordern als Teil der Identität der LINKEN.

Gerade jetzt ist eine uneingeschränkte Solidarität wichtig: Die anhaltende Pandemie-situation hat Kuba wieder verstärkt im Griff, mit allen bekannten Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei wäre eine Rückkehr zu mehr Normalität enorm wichtig für die Umsetzung tiefgreifender Strukturver-

änderungen. Welche Zäsur die Währungsreform und die angestrebte Dezentralisierung der Landwirtschaft darstellen, lesen Sie in diesem Heft ebenso wie die Erwartungen an die Beziehungen zwischen den USA und Kuba nach der Wahl des neuen US-Präsidenten.

Corona und die US-Blockade wirken als teuflischer Strudel. Die Kampagne Unblock Cuba zielt deshalb darauf ab, 2021 zu dem Jahr zu machen, in dem die Blockade endlich fällt. Cuba Sí ist Teil der weltweiten Initiative. Auch Sie können aktiv werden (→ siehe Seite 16)! Dank Ihrer Unterstützung setzt Cuba Sí seine Projektarbeit fort und hilft gezielt, wo es notwendig ist: in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen (→ siehe Seiten 12 und 13). Informieren Sie sich auch über die regionalen Aktivitäten unserer Kubaaktivist*innen – vielleicht haben Sie Lust, sich einer Gruppe Gleichgesinnter in Ihrer Nähe anzuschließen?

Wir wünschen Ihnen in jedem Falle eine aufschlussreiche und spannende Lektüre. Über Ihre Kritik und Anregungen freuen wir uns. Und reichen Sie die *Revista* auch gern in Ihrer Familie und im Freundeskreis weiter! Wir hoffen, uns im Laufe des Jahres bei Veranstaltungen und Infoständen wiederzusehen, denn eines fehlt uns sehr – die persönlichen Begegnungen und Gespräche mit Ihnen. Bleiben Sie bis dahin gesund und zuversichtlich! Hasta pronto!

Die Redaktion

Kuba bereitet 100 Mio. Dosen des Covid-19-Impfstoffs vor

Der Generaldirektor des Finlay-Instituts für Impfstoffe, Vicente Várez Bencomo, gab auf einer Pressekonferenz mit in Havanna akkreditierten ausländischen Agenturen bekannt, dass Kuba dabei sei, die Kapazität zur Produktion von 100 Millionen Dosen des Impfstoffs Soberana 02 gegen Covid-19 zu schaffen.

SOBERANA

Er führte aus, dass das Ziel darin bestehe, die Bedürfnisse des Landes zu befriedigen und das Produkt auch anderen am Erwerb interessierten Ländern wie Vietnam, Iran, Venezuela, Pakistan und Indien bereitzustellen. Im Falle Kubas, stellte er klar, werde die Anwendung kostenlos sein und es werde das Ziel verfolgt, die gesamte Bevölkerung noch in diesem Jahr zu immunisieren.

„Kubas Strategie, den Impfstoff zu kommerzialisieren, ist eine Kombination aus Menschlichkeit und globaler Auswirkung auf die Gesundheit. Wir sind kein multinationaler Konzern, bei dem das finanzielle Ziel an erster Stelle steht. Unser Ziel ist es, mehr Gesundheit zu schaffen“, sagte Várez Bencomo laut *Prensa Latina*.

Mitte Januar 2021 hat eine erweiterte klinische Studie der Phase II für den Impfstoff Soberana 02 begonnen, die auf 900 Personen im Alter zwischen 19 und 80 Jahren ausgeweitet wird. Im Februar 2021 startet eine neue Testreihe, um den Impfstoff auch für Kinder und Jugendliche anwenden zu können.

Quelle: *de.granma.cu*, 21. Januar 2021



Kuba und die EU intensivieren ihre Beziehungen

Während des III. Gemeinsamen Rates zwischen den Partnerländern Kuba und der Europäischen Union (EU) am 20. 1. 2021 verurteilte der Hohe Vertreter der EU für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die erneute Aufnahme Kubas in die Liste jener Staaten, die den Terrorismus begünstigen. Von kubanischer Seite nahm der

Außenminister und Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei, Bruno Rodríguez Parrilla, teil.

Borrell sagte, dass Kuba trotz der Covid-19-Situation alle vorgesehenen Verabredungen der Agenda dieser Treffen einhalte. Rodríguez Parrilla hob hervor, dass sich mit dem Treffen der Kreis schließe, der vom II. Gemeinsamen Rat 2019 initiiert worden war, und somit eine Bewertung des Erreichten innerhalb eines sehr komplexen Szenariums erlaube. Gleichzeitig wird die Planung künftiger Vorhaben zum gegenseitigen Vorteil ermöglicht. Dies werde geschehen auf Basis gegenseitigen Respekts für die Souveränität beider Seiten, wie es das Abkommen über Politischen Dialog und Zusammenarbeit vorsieht.

Er fügte hinzu, dass der III. Gemeinsame Rat erneut den Willen beider Partner zum Ausdruck brachte, die Vereinbarungen zu erfüllen und die Stärkung der bilateralen Beziehungen voranzubringen. Er drückte seine Überzeugung aus, dass die Debatte zu einer Konsolidierung des politischen Dialogs beitrage, der die verbindenden Elemente ebenso adressiere wie einen konstruktiven Umgang mit Differenzen, und ergänzte: „Wir sind zufrieden festzustellen, welche Energie aufgewandt wird, um die verschiedenen Mechanismen des Austauschs zu aktivieren, die im Rahmen des Abkommens vorgesehen sind.“

Quelle: *de.granma.cu*

Kuba steht weiterhin vor großen Herausforderungen

Die US-Blockade und die anhaltende Corona-Pandemie erschweren die Umsetzung der Währungsreform und der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft. Gleichzeitig sind Erfolge bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 zu verzeichnen. Ein Überblick.

Für Kuba hat ein schwieriges Jahr begonnen: Die Pandemie ist nach einer Entspannungsphase zurückgekehrt. Im Herbst 2020 hatte sich das Leben in etlichen Provinzen unter Beibehaltung hygienischer Maßnahmen normalisiert. Aber nicht der begrenzt wieder zugelassene Tourismus stellte sich als Ursache erneuter Ausbrüche in allen Provinzen heraus, sondern die aus dem Ausland einreisenden Angehörigen kubanischer Familien, die Quarantäne-Bestimmungen missachteten. Die planmäßig definierte Rückkehr zu einer neuen Normalität erlebte herbe Rückschläge, die überregionale Mobilität musste wieder weitgehend unterbrochen werden.

Impfstoffforschung auf Erfolgskurs

Gleichzeitig zeigt die intensive Forschung an Impfstoffen einzigartige Erfolge: Sie sind in der 2. Phase der klinischen Erprobung, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Iran. Die Produktion großer Mengen für den Bedarf in der ganzen Region ist in Vorbereitung. Auch Medikamente für ein verringertes Ansteckungsrisiko werden angewandt, insgesamt zeigt sich das Gesundheitswesen den gewaltigen Anforderungen gewachsen. Es setzt auf die frühzeitige Identifizierung von Infektionen und die konsequente Nachverfolgung.

Friedensnobelpreis für medizinischen Internationalismus

Kuba bekämpft nicht nur im eigenen Land Covid-19. Rund 40 medizinische Brigaden in zahlreichen Ländern helfen im Kampf gegen die Pandemie. Trotz Diffamierungskampagnen erhält Kuba dafür internationale Anerkennung. Beweis dafür ist die internationale Kampagne mit der Forderung, der Henry-Reeve-Brigade den Friedensnobelpreis zu verleihen. Auch von Deutschland unterstützen dazu berechnete Persönlichkeiten und Institutionen diesen Vorschlag.

US-Blockade verschärft Stabilität im Gesundheitswesen

Cuba Sí organisiert deshalb auch weiterhin den Versand medizinischer Geräte und Verbrauchsmaterialien auf Basis von konkreten Bedarfslisten des kubanischen Gesundheitswesens, weil der Einkauf für Kuba auf dem nach wie vor angespannten internationalen Markt verteuert oder erschwert ist. Bereits zu Beginn der Pandemie im April 2020 hatte Cuba Sí gemeinsam mit dem Netzwerk Cuba und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zu einer Spendenaktion aufgerufen, die bisher rund 180 000 € erbrachte. Die Gelder wur-

den teilweise nach Kuba überwiesen, teilweise wurden dringend benötigte Materialien gekauft und mit logistischer Unterstützung durch Cuba Sí versandt (→ siehe Revista 1/2020).

Im vergangenen Jahr führten die Auswirkungen der Pandemie auf den Welthandel, das Erliegen des Tourismus und vor allem die verschärfte US-Blockade unter Präsident Trump zu einem Einbruch der kubanischen Wirtschaftsleistung um 11 Prozent. Auch die vorherigen Jahre verzeichneten nur einen geringen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Der Devisenmangel verschlechterte die Versorgungslage erheblich, geplante Investitionen konnten nicht umgesetzt werden.

Tiefgreifende Strukturveränderungen

Kuba musste eine Strategie zur Erholung der Wirtschaft entwickeln, die seit dem Herbst 2020 diskutiert und vorbereitet wurde. Die Umsetzung hat am 1. Januar 2021 begonnen. Dabei werden Strukturprobleme in Wirtschaft und Gesellschaft adressiert, die schon bei den letzten beiden Parteitagungen der Kommunistischen Partei Kubas analysiert und gelöst werden sollten:

- Zusammenführung der Währungen (→ siehe Seite 9),
- Arbeitseinkommen als Hauptquelle der Lebenshaltung,
- Differenzierung der Löhne gemäß Qualifikation und Komplexität der ausgeübten Tätigkeit,
- Anpassung der Preise an ihre Produktionskosten und
- Abbau von Subventionen auf Produkte bei Sicherstellung der Versorgung von Bedürftigen.

Die staatlichen Unternehmen erhalten zudem mehr Spielraum zur Steigerung ihrer Produktivität, die verschiedenen Produzenten (staatliche, genossenschaftliche, private) sollen stärker vernetzt werden. Ausländische Investitionen und Technologie sollen unbürokratischer gefördert werden. Neben dieser Mammutaufgabe soll die Landwirtschaft die Ernährungssouveränität sicherstellen. Dies beinhaltet die Eigenversorgung der Gemeinden, die Versorgung der Städte und die Ausweitung der Exporte (→ siehe Seiten 10–11).

Hoffnung neuer US-Präsident?

Der neue US-Präsident Biden war Vizepräsident unter Obama. So gibt es verständlicherweise Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalisierung der Beziehungen zu Kuba. Es bleibt abzuwarten, ob die USA Lateinamerika auch weiterhin als ihren Hinterhof betrachten und in Kuba mit sanfteren Mitteln einen „regime change“ erreichen wollen (→ siehe Seite 4).

Das heißt für die Solidaritätsbewegung in Deutschland und Europa, weiter den Kampf für die Aufhebung der Blockade zu führen – im Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, damit endlich der verbalen Verurteilung der Blockade auch Taten folgen, insbesondere bei den extraterritorialen Auswirkungen. Diese schädigen die Solibewegung, NGOs und mit Kuba handelnde Unternehmen gleichermaßen. Eine größere Öffentlichkeit für Kubas Kampf für seine Souveränität ist dabei unabdingbar. Ihre Spende zählt deshalb umso mehr – sie garantiert neben der materiellen auch die politische Solidarität für dieses kleine humanistische Land mit seinem großen Herz!

Angelika Becker, Miriam Näther



Im Rahmen der Protestaktion „UnblockCuba“ wurde der Postbank-filiale Chemnitz am 25. November 2020 ein Protestschreiben wegen der Verweigerung von internationalen und innereuropäischen Zahlungsaufträgen mit Bezug auf die Republik Kuba von Chemnitzer Cuba Sí-Aktivist*innen übergeben!

Die Brosche

Neuer Präsident, neue Kuba-Politik?

Havanna schaut genauer denn je auf Washington: „Raus mit den Alten, rein mit den Neuen!“ Sind es echte Neue – oder etwa neu gekleidete Alte? Diese Frage trifft kaum schärfer zu als in den Kuba-USA-Beziehungen.

Eine Kuba-Politik drängt sich dem Norden geradezu auf! Zu nah, zu verlockend, zu bedeutungsvoll hängt die lange Insel wie eine Brosche unter dem Kinn der südlichen USA. Oder wie eine Banane – nahrhaft, schmackhaft, doch mit dicker Schale geschützt. Gerade diese Schale ist es, die Probleme schafft. Denn das schöne Kuba gibt sich auch dem stärksten Nachbarn nicht freudvoll hin!

Wechselhafte Beziehungen

Die Beziehungen zu Kuba änderten sich mit jedem US-Präsidenten und jedem Kongress. Manchmal stieg der Druck der hassgeladenen Exilkubaner-Lobby in Florida besonders stark, manchmal kamen jene Kreise aus Landwirtschaft und Tourismusindustrie mehr zum Zug, die die Beziehungen normalisieren wollten. Doch jahrzehntelang – bis heute – gilt das schlimmste Gesetz, der Helms-Burton Act, von Präsident Clinton 1996 unterschrieben, um Kuba zu erdrosseln. Selbst als die Generalversammlung der UNO wiederholt gegen diese Rechtsverletzung stimmte, blieb er in Kraft, obwohl schließlich nicht mal die praktischen Kolonien der USA, die Marshallinseln und Palau, mit ihr stimmten, sondern leider nur noch Israel. Mit dem Gesetz werden alle Länder, die mit Kuba Handel treiben und wenn es nur ein Medikament ist, bedroht.

Während der Obama-Jahre gab es Verbesserungen. 2016 besuchte der US-Präsident Kuba, lächelte, schüttelte Hände, nahm diplomatische Beziehungen wieder auf. Und er unterschrieb 22 Vereinbarungen; Hunderttausende von US-Bürgern wagten es wieder, sich ungestraft unter der kubanischen Sonne zu bräunen, manches Schöne anzuschauen und Rumba- oder Salsa-Klängen zuzuhören. Investitionen wurden genehmigt, viele private Speise- und Übernachtungsmöglichkeiten entstanden. Im April 2015 strich die US-Regierung Kuba aus der Liste der „Terrorismus unterstützenden Staaten“ und hob damit etliche finanzielle und andere Sanktionen auf. Doch das Embargo blieb! Wollte Barack Obama es aufheben? Egal – auch wenn er es wollte – der Kongress hätte es ihm nicht erlaubt!

Mit Donald Trump im Weißen Haus wurde die Normalisierung rückgängig gemacht. US-Konsulat und -Botschaft wurden wegen mysteriöser Strahlen geschlossen, das Handelsembargo von Drittländern gegen Kuba erhärtet und starker Druck ausgeübt, damit in meist armen Ländern Tausende kubanische

Ärzte, die oft kostenlos, manchmal äußerst preiswert heilend praktizierten und dafür Kuba dringend benötigte Devisen brachten, nach Hause mussten – auf Kosten der verlassenen Patienten. Öllieferungen wurden behindert, der so wichtige Tourismus praktisch verboten, noch bevor das Corona-Virus hinzukam. In seinen letzten Tagen ließ Trump Kuba wieder auf die US-Liste der Terrorstaaten setzen, was ein Verbot für dringende finanzielle Transaktionen bedeutet. Das Ziel war allzu klar: Strangulierung und Regime Change!

Hoffnung neuer US-Präsident?

Doch nun – seit dem 20. Januar – scheint wohl für mehr als die Hälfte der US-Amerikaner wieder die Sonne. Jetzt, seufzten sie, wird uns Joe Biden vom Schlimmsten retten. In seinen ersten Wochen hat er, für manche überraschend, manches Gute getan, besonders was Umweltfragen und den Pariser Vertrag betrifft, gegen langgestreckte, gefährliche Erdöl-Pipelines, gegen die schlimme Behandlung von unregistrierten und Langzeit-Immigranten, für menschlichere Haftbedingungen, gegen die Todesstrafe. Manche Ernennungen zu hohen Posten sind vielversprechend, besonders was Umwelt und Bildung betrifft.

Wie wird es aber mit der Außenpolitik – und besonders mit Kuba? Es ist zu früh, um das genau zu sagen. Manche der Obama-Leute wurden aus dem Schatten zurückgeholt, auch einige recht aggressive Verbündete der riesigen Rüstungsfirmen. Fortschrittliche Amerikaner hoffen, dass Biden möglichst schnell die Reisebeschränkungen lockert, die Menge der erlaubten Geldsendungen an Verwandte in Kuba erhöht, aber vor allem eine Lockerung und baldige Beendigung des völkerrechtswidrigen Handelsembargos einleitet – von dem neben Kuba auch Venezuela, Iran, Nordkorea oder Nicaragua betroffen sind.

Bei vielen Schritten ist die Zusage des US-Kongresses nötig, oft die Stimme jedes einzigen Demokraten im Senat; auch ein vorwärts blickender Biden wird es damit nicht leicht haben. Und ist er das? Im September – vor den Wahlen – sagte Biden in Sachen Kuba-Politik: „Ich würde versuchen, die misslungenen Trump-Maßnahmen umzukehren, denn sie haben den Kubanern und deren Familien geschadet ... aber nichts erreicht, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern.“ Aus solchen Worten kann man zweierlei entnehmen. Zuerst die Hoffnung, dass er sich, wie sein früherer Chef Obama, für eine gewisse Lockerung der US-Politik gegenüber Kuba einsetzen wird. Das könnte schon das Niveau der Spannungen in der Karibik-Region und darüber hinaus merklich reduzieren. Das kann auch eine Erleichterung ins Leben von vielen Kubanern

bringen – mehr nötige Medikamente und andere sehr vermisste Waren, mehr Verbindungen – auch finanzielle – mit den Verwandten in den USA, und andere Verbesserungen. Je mehr Druck in diese Richtung von fortschrittlichen US-Bürgern und Menschen in Deutschland und anderswo, desto besser.

USA: Wandel durch Annäherung

Aber etwas anderes schwingt natürlich auch mit. Selbst die gutwilligsten Änderungen von Obama, und den möglichen von Biden, unterliegen einer unveränderten Motivation. Um es unverblümt zu sagen – Regime Change! Es gibt genügend Parallelen: Auch der Bau der Berliner Mauer ließ kluge Menschen wie Willy Brandt und seinen Berater Egon Bahr begreifen, wie falsch die Adenauer-Politik mit dem Versuch war, die DDR aggressiv umzukrempeln oder zu beseitigen. Klüger war, meinten sie, die DDR-Bürger freundlich zu gewinnen – sie mit Verlockungen zu beeinflussen, vor allem mit schönen Waren, die für die kleine, benachteiligte DDR unerreichbar waren. Dazu kam kluge Propaganda. Es hat gewirkt. Es soll auch in Kuba – trotz sechzig Jahren vergeblicher Versuche – endlich wirken.

Weder Obama noch Biden verheimlichen, dass solche Ziele auch ihre Politik bestimmen. Wir hier „im Osten“ haben mitbekommen, was Demokratie und Menschenrechte bedeuten für Tausende in den Hochschulen und Redaktionen, in den Gerichtssälen und in fast allen Industriezweigen. In einem viel ärmeren Kuba würde ein solcher Regime Change bestimmt weitaus schlimmer ausfallen: für Havanna kaum ein erträumter Miami-Schick, sondern eher die Misere von Port-au-Prince.

Auch bei einer imaginären Bewusstseinsänderung von Biden oder einem Nachfolger: Das System der USA, wie es jetzt besteht, kann unmöglich die Grundrichtung der USA gegenüber Lateinamerika verändern. Kuba diente jahrzehntelang als Fackel für Millionen von schwer arbeitenden, doch bettelarmen Menschen zwischen Tijuana in Mexiko und Tierra Fuego in Argentinien, für die Kräfte um Allende in Chile, Evo Morales in Bolivien und Hugo Chávez in Venezuela. Für die Mächtigen der USA, die das Land kontrollieren, galten solche Bewegungen – von Kuba animiert – als höchste Gefahr. Sie mussten gebremst und womöglich beseitigt werden. Jetzt stehen die Menschen wieder in einigen Ländern auf; aus Washingtons Sicht darf keiner – und erst recht nicht Kuba – sie wieder ermutigen oder ihnen helfen.

Kuba hat schwieriges, auch kompliziertes durchgemacht; Venezuela und andere ebenfalls. Solange die Gegner dieser Völker aus den Skyscrapern von Amazon, Facebook, Twitter und Walmart drohen, müssen Menschen guten Willens in der ganzen Welt Kuba unterstützen. Denn wir gehören zur gleichen Familie und teilen am Ende das gleiche Schicksal.

Victor Grossman

Befreit sich Chile von der Pinochet-Verfassung?

Obwohl wichtige Etappenziele erreicht wurden, ist die Frage längst nicht entschieden. Die reaktionären Kräfte unternehmen alles, eine neue Verfassung und einen Regime change in eine unerwünschte Richtung zu verhindern. Denn der Verfassungsprozess in Chile birgt das Potenzial, die Privilegien der Eliten abzuschaffen.

Um diese Dimension zu verstehen, lohnt ein Ausflug in die Vergangenheit, um die Kontinuitäten bis heute zu sehen: Die gültige Verfassung stammt aus dem Jahre 1980, wurde u.a. von den Pinochet-Vertrauten Jaime Guzmán, Gründer der jetzt noch im Parlament tonangebenden erzkonservativen Partei UDI, und Sergio Fernández (unter Pinochet mehrfach Minister, 1990–1998 von Pinochet ernannter Senator) ausgearbeitet. Pinochet verlieh ihr den letzten Schliff. Unter seiner brutalen Diktatur wurde sie in einer Volksabstimmung angenommen, trat allerdings erst 1990 in Kraft. Damals wurde Pinochet, der bis dahin mit Notstandsgesetzen regierte, von einem gewählten Präsidenten abgelöst. Mit dieser Verfassung wurde das neoliberale Wirtschaftsmodell der Militärdiktatur durchgesetzt, die Rechte der Bürger ebenso wie die in 50 Jahren hart erkämpften gewerkschaftlichen Rechte völlig ausgeklammert.

Als Pinochet von der Staatsspitze entfernt war, drängten die bürgerlichen Kräfte, die Hürden für eine Verfassungsänderung zu erhöhen. Damit sollte eine Änderung der von der Militärdiktatur übernommenen wirtschaftlichen Grundsätze verhindert werden. Auch nach einer Reform unter Präsident Lagos 2005 verbietet die Verfassung dem Staat, sich in wirtschaftliche Belange einzumischen. Alles wurde dem Markt und privaten Kapital überlassen, sogar die elementarsten Belange der Bürger wie Gesundheits-, Schul- und Rentensystem.

Ausverkauf der staatlichen Daseinsfürsorge

1981 wurde unter der Federführung von José Piñera (Bruder des jetzigen Staatspräsidenten, unter Pinochet Arbeits- und Bergbauminister) ein privatwirtschaftlich organisiertes Rentensystem eingeführt. Schulen und Universitäten wurden 1980 weitgehend privatisiert, nur eine kleine Elite kann sich eine gute Ausbildung leisten. Das staatliche Schulsystem wurde dezentralisiert und den Gemeinden überlassen. Das öffentliche Gesundheitssystem ist unterfinanziert und zeichnet sich deshalb durch lange Wartezeiten, Personalmangel und unzureichende Infrastruktur aus. Nur Chilenen mit höherem Einkommen können sich eine Privatversicherung erlauben. Statt mehr in das öffentliche System zu investieren, kauft der chilenische Staat Dienstleistungen bei privaten Gesundheitsunternehmen ein – praktisch eine Subventionierung des privaten Sektors.

„Chile ist erwacht“

Das alles ertrugen die Chilenen jahrelang. Ein Funke genügte aber, ein loderndes Feuer zu entfachen. Am 18. Oktober 2019 sprangen hunderte Schüler über die Einlassdrehkreuze der U-Bahn, um gegen eine Preiserhöhung zu protestieren. Die Regierung unter Präsident Piñera nahm die Preiserhöhung zwar nach der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste zurück, aber diese waren nicht mehr aufzuhalten. Die stille Unzufriedenheit mit seiner Politik – hohe Lebenshaltungskosten, niedrige Renten, hohe Preise für Medikamente, das privatisierte Bildungssystem mit der Verschuldung durch Studienkredite und sozialer Ungleichheit als Folge des neoliberalen Wirtschaftssystems – entlud sich explosionsartig. „Chile ist erwacht“ war nun die Losung.



Die „Coordinadora Feminista 8M“ ist eine treibende Kraft des Aufstands in Chile

Der Aufbruch wird durch eine Generation getragen, die die Schrecken der Militärdiktatur nicht mehr selbst erlitt. Sie rebelliert gegen den Staat, was sich ältere Chilenen nicht trauten aus Angst vor einer Wiederholung der schrecklichen Ereignisse von 1973. Diese Angst hat die Jugend nicht mehr. Eine landesweite Massenbewegung forderte über Monate hinweg Reformen sowie ein Ende des Neoliberalismus. Trotz Militäreinsätzen auf den Straßen und brutaler Gewalt gegen die Demonstrierenden wurde der Druck auf den rechten Präsidenten so groß, dass er der Durchführung eines Referendums zustimmte.

Damit ergab sich die historische Möglichkeit, den verfassungsgebenden Prozess mittels einer echten Verfassungsgebenden Versammlung (Constituyente) zu gestalten – ein großartiger Erfolg der sozialen Bewegungen. Die traditionellen Parteien hatten ihr Ansehen verspielt, da sie in den Augen der sozialen Aktivisten auf die eine oder andere Art das herrschende System mittrugen bzw. sich angepasst hatten. In der Tat waren alle Parteien von der massiven Protestbewegung überrascht worden

und suchten nun sich einzubringen. Das Friedensabkommen vom 15. November 2019 zwischen der Regierung und Teilen der Opposition versucht, diesen Prozess zu institutionalisieren.

Historische Chance

14,6 Mio. wahlberechtigte Chilenen entschieden am 25. Oktober 2020 darüber, ob sie eine neue Verfassung wollen und wenn ja, was für ein Gremium eine solche ausarbeiten soll: ein gemischter Verfassungskonvent, zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus direkt gewählten Mitgliedern und aus Vertretern von Parteien, oder ein Gremium mit direkt vom Volk gewählten Mitgliedern. Den Chilenen war bewusst, dass in einem gemischten Konvent die Parteienvertreter ihr Anliegen verwässern würden. So wundert es nicht, dass sich über 78 Prozent für eine neue Verfassung aussprachen und für eine direkt gewählte Constituyente.

Nun stehen am 11. April 2 230 Kandidaten, die kein Amt oder Mandat innehaben dürfen, zur Wahl für die 155 Plätze. Diese soll aus 78 Frauen und 77 Männern bestehen. Dieses Verhältnis spiegelt die große Rolle feministischer Organisationen mit ihren Forderungen (z.B. legaler Schwangerschaftsabbruch) in der Protestbewegung wider. Zudem wurde festgelegt, 17 Sitze für die in Chile lebenden indigenen Völker zu reservieren. Die Constituyente hat dann maximal ein Jahr Zeit, einen Vorschlag für eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Natürlich wird die skrupellose Machtelite des Landes, die mit dem Putsch von 1973 Chile für sich vereinnahmt hatte, ihre Privilegien und über Jahrzehnte gefestigten Machtbefugnisse nicht so einfach aufgeben. Sie wird versuchen, den Sinn der Constituyente mithilfe der Zwei-Drittel-Sperre zu verfälschen. Diese Sperre wurde von den Rechtskräften in den „Friedenspakt“ vom 15. November 2019 eingebracht, um der vorhersehbaren rechten Minderheit ein Vetorecht gegen jede von den Bürgern gewünschte Verfassungsänderung einzuräumen. Inzwischen wurde eine Kampagne zur Abschaffung dieser Sperre gestartet. Denn – so die drohende Konsequenz – wird keine Einigung in der Constituyente erzielt, bleibt die alte Verfassung weiter in Kraft. Ansonsten findet spätestens 60 Tage nach Einigung über eine Verfassung ein weiteres Plebiszit über deren Annahme statt.

Bis Chile eine neue Verfassung hat, werden noch gut zwei Jahre vergehen, da die Constituyente ihre Arbeit erst im Mai 2021 aufnimmt. Präsident Piñera verspricht bedeutende politische Reformen unabhängig vom Verfassungsprojekt, womit er den anti-neoliberalen Kräften Wind aus den Segeln nehmen und radikale Veränderungen verhindern will. Zudem stehen im November 2021 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an, also während die Constituyente noch tagt. Deshalb ist die weitverbreitete warnende Losung berechtigt: „Wir haben noch nichts gewonnen!“

Gerhard Mertschenk

Lateinamerika in Bewegung

Auf die fortschrittliche Entwicklung zu Beginn dieses Jahrtausends mit linken und Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika reagierten die rechten Kräfte mit einer teilweise erfolgreichen Gegenoffensive. Verzweifelt versuchen die USA zu verhindern, dass sich eine solche „sozialistische“ Welle wiederholt.

Entgegen allen imperialistischen Erwartungen hat sich das boliviarische Venezuela trotz aller Sanktionen halten können. Der Putschversuch in Nicaragua scheiterte. Kuba hält standhaft die Stellung und genießt immer größeres Ansehen in der Welt dank seiner uneigennütigen Hilfe und Solidarität. Da die USA wissen, dass offene Militärputsche gegen missliebige Regierungen keinen Anklang mehr finden, setzt man nunmehr auf die sogenannten „farbigen Revolutionen“, um Regierungen zu stürzen, die nicht ins neoliberale Konzept passen. Beredete Zeugnisse dafür sind Bolivien und aktuell Ecuador, das ein lehrbuchhaftes Beispiel für das Agieren der rechten Kräfte bietet, weshalb näher darauf eingegangen wird. In einem ersten vertraulichen Treffen Ende Januar in Washington zwischen Ecuadors Präsident Lenín Moreno, dem OAS-Generalsekretär Almagro und Vertretern des US-Außenministeriums, zu dem nicht einmal der

Außenminister und die Botschafterin Ecuadors zugelassen waren, wurde beraten, wie ein Sieg des linken Kandidaten Andrés Arauz, der die von Expräsident Rafael Correa angeschoebene Bürgerrevolution fortsetzen will, in der ersten Wahlrunde verhindert werden könne. Für einen Sieg in der ersten Runde müsste er mindestens 40 Prozent der Stimmen und einen Vorsprung von mindestens 10 Prozent gegenüber dem Zweitplatzierten erreichen. Um das zu verhindern, bediente man sich der Indigenenpartei Pachakutik und ihres Vertreters Yaku Pérez. Die Gegnerschaft von Pérez zum Extraktivismus wird, auch von europäischen Linken, als linke Politik ausgegeben. Damit wird aber die linke Politik der fortschrittlichen Regierungen in Misskredit gebracht. Vermeintliche Ökosozialisten wie Pérez spielen die ihnen zugedachte Rolle perfekt, einer wirklich fortschrittlichen, auf Souveränität gerichteten Entwicklung Steine in den Weg zu legen. Dieses Konzept, dem linken Politiker Arauz Stimmen zu entziehen, ist offensichtlich aufgegangen. Die bürgerlichen Kräfte werden nunmehr alles daran setzen, einen Wahlsieg von Arauz in der Stichwahl zu verhindern, werden ihre Wähler aufrufen, die bisherigen Differenzen zu vergessen und am 11. April vereint für Guiller-

mo Lasso, gegen Arauz zu stimmen. Da nicht sicher ist, ob alle Wähler, die in der ersten Runde für Pérez gestimmt haben, diesem Aufruf folgen werden, wird es eine knappe Entscheidung geben.

Diese Erfahrung aus Ecuador mit einer gespaltenen Linken sollte bei anderen anstehenden Wahlen in Lateinamerika berücksichtigt werden.

In Chile stehen die Chancen gut, am 11. April eine fortschrittliche Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung zu erreichen. Am selben Tag werden in Peru ein neuer Präsident – kein klarer Favorit erkennbar – und ein neues Parlament gewählt. Die politischen Kräfte sind sehr zersplittert, umfangreiche Korruptionsaffären haben die Politik in Misskredit gebracht, weshalb eine Vorhersage so gut wie unmöglich ist. Von den marktbeherrschenden Medien wird zudem Angst vor dem „Castrochavismus“ geschürt, wobei Kuba und Venezuela als abschreckende kommunistische Militärdiktaturen dargestellt werden. Das hinterlässt durchaus Wirkung.

Die Geschehnisse in Chile, die massiven Proteste in Guatemala und Haiti, die gefestigte Position der Regierungen in Argentinien und Mexiko sowie der Wahlsieg in Bolivien lassen die Grenzen des imperialistischen Agierens sichtbar werden und mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Gerhard Mertschenk

Einschätzung zum Ablauf der Parlamentswahlen in Venezuela

Wir sind Mitglieder des Europäischen Parlaments, die auf eigene Initiative die Wahlen zur Nationalversammlung in der Boliviarischen Republik Venezuela am 6. Dezember 2020 beobachtet haben. Wir bestätigen die Integrität und ordnungsgemäße Durchführung des dortigen Wahlprozesses. Wir haben alle Vorkehrungen und Anordnungen überprüft, die geschaffen wurden, um dem venezolanischen Volk die Möglichkeit zu geben, sich in einer demokratischen Abstimmung frei zu äußern. Darüber hinaus bestätigen wir, dass auch alle notwendigen Hygienemaßnahmen angesichts der Covid-19-Pandemie eingehalten wurden.

Wir begrüßen die geordnete und stringente Art und Weise, in der diese Wahlen durchgeführt wurden. Es ist eine würdevolle Antwort des venezolanischen Volks auf eine brutale Wirtschafts- und Finanzblockade, die einhergeht mit Sanktionen und Destabilisierungsversuchen der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese werden unterstützt durch die EU und verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht.

Wir halten die Haltung der EU und anderer ihrer Mitgliedsstaaten für inakzeptabel. Indem sie sich mit der Trump-Administration verbündet und die Versuche der internen Destabilisierung durch die reaktionärsten Sektoren der venezolanischen Gesellschaft unter-

stützt hat, hat die EU versucht, diese Wahlen und ihre Ergebnisse zu delegitimieren. Damit missachtet sie die Souveränität der Boliviarischen Republik Venezuela, ihre legitimen Institutionen und das venezolanische Volk, das weiterhin standhaft sein Recht beansprucht, frei von äußerer Einmischung über sein eigenes Schicksal zu entscheiden.

Wir fordern ein Ende aller Sanktionen, der Wirtschafts- und Finanzblockade und aller Destabilisierungsbemühungen, die eine Aggression gegen die Rechte des venezolanischen Volkes darstellen.

Als Antwort auf die Behauptung, dass die Opposition nicht zu den Wahlen antreten konnte und Venezuela deshalb keine Demokratie sei, erklären wir, dass dies nicht der Realität entspricht. Unter allen Kandidaten,

für die die Venezolaner ihre Stimme abgeben konnten, gab es 500 chavistische Kandidaten, die gegen mehr als 13 000 Kandidaten der Opposition antraten.

Wir erklären unsere volle Solidarität mit dem venezolanischen Volk und mit den revolutionären, fortschrittlichen und volksnahen Kräften in ihrem Kampf für die Verteidigung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit, der durch eine Reihe von Wahllakten zum Ausdruck gebracht wurde, die zu den Wahlen vom 6. Dezember 2020 führten und diese einschlossen.

Clare Daly, Manu Pineda, Mick Wallace, Sandra Pereira

Quelle: www.facebook.com/pg/Sandra-Pereira-100264748051256/posts/?ref=page_internal



Die Partei Europäische Linke gratuliert dem venezolanischen Volk zum Wahlsieg am 6. Dez. 2020.

Glückwunsch an das venezolanische Volk

Die AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE gratuliert dem venezolanischen Volk zum Ausgang der Parlamentswahlen am 6. Dezember 2020. Mehr als 300 internationale Beobachter begleiteten die Entwicklung an diesem Wahltag. Trotz Einladung durch den CNE, der venezolanischen Wahlbehörde, lehnte die EU die Entsendung von Wahlbeobachtern ab ...

Zur vollständigen Erklärung: cuba-si.org/2287/glueckwunsch-das-venezolanische-volk-nach-der

60 Jahre ICAP

Ein guter Freund feierte am 30. Dezember 2020 den Jahrestag seiner Gründung durch Fidel Castro: Das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft



„Es gibt keinen anderen politischen Prozess in keinem anderen Land der Welt, der von einer so großen, ausgedehnten und gut organisierten internationalen Solidaritätsbewegung getragen wird wie jener, die die kubanische Revolution unterstützt. Er kann auf 2000 Freundschaftsvereinigungen zählen, außerdem auf Kollektive, Gewerkschaften, Parteien und NGOs von fünf Kontinenten, die Kubas sozialistisches Projekt unterstützen oder mindestens sein Recht auf Selbstbestimmung gegen den Imperialismus der USA, und das macht die Insel zu einem ‚privilegierten‘ Land“, so schrieb José Manzaneda, Koordinator von *Cubainformación TV*, einem wichtigen Informationsprojekt im spanischen Baskenland.

Und dies ist die Aufgabe und der Verdienst des ICAP mit seinen Mitarbeitern, und auch die Solidaritätsorganisationen in unserem Land konnten immer damit rechnen, bei ihren Anliegen und Aktivitäten im Rahmen der Solidarität mit Kuba unterstützt zu werden. Der Sitz des ICAP in Vedado (Havanna), aber auch die Zweigstellen in den Provinzen, sind vielen Mitstreitern vertraut, ebenso wie das 1972 gegründete „Campamento Julio Antonio Mella“ durch die internationalen Arbeitsbrigaden. Auch das Projekt „Tamara Bunke“ (Studienaufenthalte an der Technischen Universität COJAE in Havanna) wird mit betreut vom ICAP, das überhaupt all die ausländischen

Studenten in Kuba, z.Z. 11 223 aus 133 Ländern, betreut und unterstützt.

„Uns macht stolz, dass die Revolution ein Motiv der Inspiration für hunderttausende Freunde gewesen ist, die die besten Werte der Menschlichkeit repräsentieren, und mit denen wir den Kampf gegen den Kolonialismus, die Armut und Ausbeutung, die Schlachten für Würde, Souveränität, soziale Gerechtigkeit (...) gemeinsam geführt haben. (...) Die ständige Mobilisierung ist und wird immer das zentrale Ziel unserer Arbeit sein, die internationale Solidarität ist wesentlicher Schutzwall und Begleiter der Revolution gewesen beim Widerstand gegen die imperialistischen Ansinnen, sie zu zerstören und dieses Beispiel für die Welt auszulöschen, das sein soziales Projekt und der Widerstand bedeuten“, so Victor Gaute, Mitglied des Zentralkomitees der PCC beim zentralen Festakt.

Vielen ist die Kampagne für die Befreiung der „Los Cinco“, die langjährig in den USA inhaftiert waren, in guter Erinnerung. Einer dieser fünf Helden ist heute Präsident des ICAP: Fernando González Llor (siehe Titelfoto).

Auch die Organisation von Weltfestspielen und kontinentalen Treffen der Kuba-Solidarität gehören zu den Traditionen. Das Europäische Solidaritätstreffen war für 2020 in Moskau geplant, soll nun im Juni 2021 stattfinden

– wenn die Pandemie es zulässt.

Die gegenwärtige Kampagne „UnBlockCuba“ der Tageszeitung *junge Welt* gemeinsam mit unseren und weiteren europäischen Solidarisationsorganisationen wird tatkräftig vom ICAP unterstützt. Sie vermitteln uns regelmäßig hochrangige kubanische Persönlichkeiten, die an wichtigen politischen Veranstaltungen wie der Rosa-Luxemburg-Konferenz teilnehmen – in diesem Jahr war es Enrique Ubieta Gómez, Chefredakteur der Zeitschrift *Cuba Socialista*, herausgegeben von der PCC –, die uns für Hintergrundgespräche und Rundreisen im Land zur Verfügung stehen.

Kurz gesagt: Sie sind uns ans Herz gewachsen, die Mitarbeiter und Leiter des ICAP, die wir in den vielen Jahren kennenlernen durften, die uns hier besucht haben aus Anlass unserer Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen – der von Fernando für 2020 geplante Besuch ist nur aufgeschoben.

Herzlichen Dank für die langjährige Zusammenarbeit und weiter viel Erfolg bei der gemeinsamen Aufgabe: den Schutz und die Unterstützung der kubanischen Revolution!

Angelika Becker

Friedensnobelpreis an die Medizinbrigade „Henry Reeve“

Nominierung der internationalen Medizinbrigade „Henry Reeve“ für den Friedensnobelpreis

Sehr geehrte Mitglieder des norwegischen Nobelkomitees,

wir möchten die internationale Medizinbrigade „Henry Reeve“ für den Friedensnobelpreis nominieren. 15 Jahre nach der Gründung dieser einzigartigen Institution haben kubanische Ärzt*innen und Krankenschwestern in Einsätzen auf der ganzen Welt rund vier Millionen Menschen behandelt und etwa 90 000 Leben gerettet. In der Anfangsphase der noch andauernden Covid-19-Pandemie zeigte die kubanische Regierung Internationalismus und Solidarität, indem sie das internationale Henry-Reeve-Ärztkontingent in 22 Länder schickte, darunter auch nach Italien, das von der Pandemie schwer getroffen wurde.

Die Ärzte und Krankenschwestern der Henry-Reeve-Brigade setzten ihr eigenes Leben aufs Spiel, um andere zu retten, und

zeigten damit außergewöhnliche Solidarität. Aufgrund der Erfahrung der Ärzte, die zur Bekämpfung der Pandemie entsandt wurden, arbeitet Kuba an einem Impfstoff gegen Covid-19. Kubanische Regierungsvertreter haben erklärt, dass sie diesen Impfstoff kostenlos anderen Ländern zur Verfügung stellen werden.

Die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ist bei weitem nicht das einzige humanitäre Engagement des internationalen Ärztekontingents „Henry Reeve“. Seit 2005 wurden kubanische Ärzte und Krankenschwestern in Länder in Afrika, Mittel- und Südamerika, Asien, Europa und Ozeanien entsandt. Von 2014 bis 2016 fand der Einsatz der Brigade bei der Bekämpfung der Ebola-Epidemie in Westafrika breite Anerkennung. Besonders der Fall von Felix Baez, einem kubanischen Arzt, der sich mit Ebola infizierte, geheilt wurde und dann nach Westafrika zurückkehrte, um die Epidemie zu bekämpfen, zeigte die Selbstlosigkeit des Engagements der kubanischen Ärzte im Kampf gegen Krankheiten weltweit. In Anerkennung ihrer Arbeit in Sierra Leone, Guinea

und Liberia wurde die Henry-Reeve-Brigade 2017 mit der Dr. Lee Jong-Wook-Gedenkmedaille der WHO ausgezeichnet.

Selbstlose Helfer verdienen es, geehrt zu werden. Ein Friedensnobelpreis für die internationale Medizinbrigade „Henry Reeve“ würde ein herausragendes Beispiel dafür geben, wie Länder trotz aller Hindernisse Solidarität und Internationalismus zeigen können.

Unterzeichner:

Žaklin Nastić, Doris Achelwilm, Diether Dehm, Sylvia Gabelmann, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Achim Kessler, Alexander S. Neu, Eva-Maria Schreiber, Friedrich Straetmanns, Andreas Wagner, Harald Weinberg, alle Mitglieder des Bundestags,

Berlin, 18. November 2020

Quelle: <https://www.zaklinnastic.de/>

Eine ungewöhnliche Solibrigade

Meine Freundin Kathrin hatte mich einst gebeten, für uns eine Insel zu finden – abgeschottet von Kapitalismus, Kriegstreiberei und Unmenschlichkeit. Wir fanden sie – mit Kuba entdeckten wir ein Land voller menschlicher Wärme, mit Sonne, Musik und Lebensfreude. 2006 nahmen wir erstmals an einer Solidaritätsbrigade von Cuba Sí in der Provinz Mayabeque teil. Seither zieht es mich immer wieder in dieses stolze und aufrechte Land. Die letzten drei Aufenthalte führten mich in die Provinz Guantánamo in das kleine Örtchen Felicidad. Doch diesmal, im März 2020, war alles anders – wir erlebten den Beginn der Corona-Pandemie.

Es begann wie immer: Nach der Ankunft am 4. März 2020 in Holguín holte „unser“ Bus uns ab. Einige der Brigademitglieder kannten den Aufenthaltsort bereits, unsere Reiseleiterin Claudia war schon lange zur „kubanischen“ Dorfbewohnerin erklärt worden. Wir wurden beim ersten Rundgang überall herzlich begrüßt und hatten sofort das Gefühl, „nach Hause“ zu kommen. Unser Programm für die nächsten drei Wochen ließ uns nicht ahnen, dass sich schon bald schlagartig alles ändern würde.

So arbeiteten wir vormittags: Im Garten unserer Unterkunft, im „Haus der Freundschaft“, bereiteten wir die Aussaat vor und setzten Beetbegrenzungen. In der UBPC „Frank País“ legten wir den Fußboden für den Einbau einer Küche. Wir halfen in der Tischlerei beim Schleifen und Beizen von Holztüren und unterstützten die Arbeiter bei der Bohnenernte.

Diese Tätigkeiten dienen vorrangig der Erkenntnis, wie schwer es doch tagein, tagaus ist, mit wenig Werkzeug, häufig reparaturbedürftigen Geräten, fehlenden Ersatzteilen und einfacher Technik den Arbeitstag zu bewältigen und der ständigen Hitze zu trotzen. Durch die US-Blockade ist der Mangel allgegenwärtig. Medikamente, Treibstoff, Maschinen – man könnte eine endlose Liste erstellen! Da sind die Spenden, die wir in unseren Rucksäcken und Koffern herschleppen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Solibrigadenprofis wie ich verstauen inzwischen ihre wenige benötigte Bekleidung im Handgepäck.

Eine besondere Freude waren diesmal zwei Koffer, randvoll mit wertvollen Sachen, gespendet vom Verein „Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe“ aus Wandlitz. Den Initiatoren unseren aufrichtigen Dank! Eine Brigadistin bekam überdies von ihrem Vater 5 000 Euro zur freien Verfügung. Es wurde tüchtig eingekauft – Küchenausstattung, Kühlschränke und Kochplatten fanden neue, glückliche Besitzer. Unterstützt wurden wir durch Krankenschwester Elfi. Sie stammt aus der DDR, lebt schon viele Jahre in Felicidad und arbeitet in der örtlichen Poliklinik.

Am 8. März hatten wir das Glück, an der Feier zum Internationalen Frauentag teilzunehmen; am Vorabend besuchten wir noch ein Fest mit viel Musik, Tanz und Rum – auch das ist Kuba. Und dann kam der 11. März: Die ersten Corona-Fälle in Kuba wurden bestätigt, drei italienische Touristen. Bereits am Tag zuvor informierte uns eine im Ort niedergelassene Ärztin und das medizinische Personal über die sich anbahnende Situation und notwendige Verhaltensregeln. Acht Tage maßen wir unter Aufsicht Fieber, befolgten sofortige Desinfektionsmaßnahmen und trugen von den Köchinnen angefertigte Mund-Nase-Bedeckungen. Die Behörden agierten souverän und planvoll.

Die täglichen Nachrichten belegten, dass das kubanische Volk die Maßnahmen sehr genau nahm. Selbst Präsident und Parlament trugen bei den Beratungen zur Pandemiesituation Masken, eine nicht zu unterschätzende Vorbildwirkung. Zahlreiche Ärzte gingen „in Mission“, wie es in Kuba heißt, ins pandemiegeschüttelte Ausland. Über Nacht wurden zudem vor Läden, Lokalen und öffentlichen Einrichtungen Flaschen mit Desinfektion und Seife aufgestellt und Verantwortliche benannt.

Nach der ersten Orientierung setzten wir unser Programm fort: Gedenken an Fidel und José Martí auf dem Friedhof in Santiago, Besuch der Moncada-Kaserne mit den Bildern der gefallenen Helden. Wir besuchten das Provinzkrankenhaus Guantánamo und die Poliklinik in Felicidad. Wie immer empfanden wir Hochachtung vor dem kubanischen Gesundheitswesen, das durch seine humanistischen Ideale selbst unter schweren Bedingungen noch bereit ist, anderen Ländern medizinische Hilfe zu leisten. In Caimanera warfen wir einen Blick auf die US-Basis und uns überkam Sprachlosigkeit angesichts der Skrupellosigkeit der „Weltmacht“ USA.

Leider war es nicht möglich, alle Schulen zu besuchen. Besonders die hoch in den Ber-

gen liegenden Schulen sind bewundernswert, baut doch der Staat gleichzeitig Häuser für die Lehrer. Der Schulweg sollte keinesfalls 3 km überschreiten. Die Verkehrswege im Gebirge sind meist in einem schlechten Zustand. Das erschwert das Leben in jeglicher Hinsicht. So werden Hochschwängere in Heimen in der Stadt untergebracht, um bei Komplikationen während der Geburt sofort Hilfe zu bekommen.

Corona brachte den Tourismus zum Erliegen und unser Freizeitprogramm: Das Bungalowdorf in Imías war geschlossen, das sonst so trubelige Baracoa verwaist. Zurück in der Unterkunft erfuhren wir von unserem stornierten Rückflug, der Flughafen Holguín wurde geschlossen. Was nun? Vorsichtshalber packten wir, recherchierten beständig. Am 23. März brachte uns unser Bus nach Havanna. Es hieß, wir könnten nur von dort ausfliegen. Über Havanna war eine Ausgangssperre verhängt, wir kamen in einem Hotel in Quarantäne.

Die Freunde unserer Partnerorganisationen ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion) und ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) halfen, wo sie konnten. Unser Reisebüro in Chemnitz fand einen Charterflug nach München, allerdings flog die Maschine in Santa Clara ab. Erneut half uns das ICAP mit einem Bus, welcher die Provinzgrenzen passieren durfte. Eigentlich waren die wegen der Pandemie geschlossen. Enorme Vorsichtsmaßnahmen hier, eine völlig andere Welt in München: Als wir den Flieger verließen, waren wir erstaunt: keine Kontrollen, keine Masken.

Nun erzähle ich jedem, wie umsichtig, organisiert und vorausschauend Kuba mit der Pandemie umgeht. Freiwillige kümmern sich um alleinstehende Ältere, die Impfstoffforschung läuft auf Hochtouren, ohne Profitgier, sondern für die Länder des Südens. Und das soll ein Land sein, welches Terrorismus begünstigt? Bewahren wir den sozialistischen Gedanken dieser Insel und unterstützen Kuba soviel als möglich! Kämpfen wir gemeinsam gegen die Blockade. ¡Unblock Cuba!

Maritta Leipold



Im Krankenhaus „Agostinho Neto“ in Guantánamo wurden wir durch die Direktion um Unterstützung gebeten.

Cuba sí info

Information der AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE

Die Solidarität mit Kuba ist unteilbar!

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei DIE LINKE zum Beschluss des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 23. Januar 2021

Der 23. Januar 2021 könnte eine Zäsur in der bisherigen Politik der Partei DIE LINKE gegenüber dem sozialistischen Kuba bedeuten. Der Parteivorstand (PV) beschloss an diesem Tag mit großer Mehrheit den Antrag „Solidarität mit Kuba“, in dem die „Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler*innen und Aktivist*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“ eingefordert wird. Erstmals in der Geschichte unserer Partei wurde damit von einem offiziellen Parteigremium ein Beschluss gefasst, in dem der demokratische Charakter der kubanischen Revolution in Frage gestellt und zu einem Dialog in Kuba mit so bezeichneten „Aktivist*innen“ aufgerufen wird. Mit dieser Formulierung wurde zweifelsfrei ein Tabubruch vollzogen, der vom innerparteilichen Zusammenschluss Emanzipatorische Linke (Emali) vorangetrieben wurde. Es ist daher auch nicht weiter verwunderlich, dass der Autor Matti Steinitz im „Neuen Deutschland“ (nd) am 2. Februar 2021 von „einem guten Tabubruch“ spricht. Marco Pompe von Emali freut sich über die breite Unterstützung für „unser Anliegen“ im Parteivorstand und berichtet davon, „wie verbissen einige wenige versuchten, eine Unterstützung von kubanischen Menschenrechtsaktivist*innen zu verhindern.“ Und auch von Miami aus agitierende und von Washington finanzierte Internetmedien wie „Diario de Cuba“ und „Cibercuba“ jubeln schon über den Bruch der bisherigen Kuba-Politik der LINKEN und über die Solidarisierung mit den kubanischen „Dissidenten“.

An dieser Stelle könnte die gerade erst begonnene Diskussion bereits für beendet erklärt und der Beginn einer neuen Kuba-Politik der Partei DIE LINKE konstatiert werden. Der Sachverhalt ist jedoch weniger eindeutig und Kontext und Hintergründe sind deutlich komplexer, als die Worte derer vermuten lassen, die schon lange an einer Entsolidarisierung mit der kubanischen Revolution vor und hinter den Kulissen in der Partei arbeiten. Zu einer vollständigen Darstellung muss zunächst erwähnt werden, dass der PV-Beschluss neben den immer wieder zitierten Zeilen auch zahlreiche Forderungen umfasst, die im Einklang mit den bisherigen Beschlüssen und der praktizierten Politik der Partei DIE LINKE zum sozialistischen Kuba stehen. Hierzu gehören die Verurteilung der unter US-Präsident Trump verschärften völkerrechtswidrigen US-Blockade sowie die jüngst vorgenommene Wiederaufnahme Kubas in die US-Liste „Terrorismus unterstützender Staaten“ ebenso wie die Forderung zur Unter-

stützung der Kampagne der Kuba-Solidaritätsbewegung „Unblock Cuba“. Des Weiteren werden in dem Beschluss des Parteivorstandes Versuche verurteilt, „die Regierung Kubas durch Regime-Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen“; die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union werden aufgefordert, sich diesbezüglichen

Aktivitäten entgegenzustellen. Diese Forderungen werden weder im Beitrag von Steinitz im „nd“ noch vom Emali-Vertreter erwähnt und somit wird nur ein kleiner Teil des Beschlusses dargestellt.

Ebenso wird verschwiegen, dass der nun gefasste Beschluss das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses zwischen verschiedenen politischen Strömungen im Parteivorstand darstellt, da der ursprünglich von Emali eingebrachte Antrag mit dem Titel „Solidarität mit Kubas demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“ noch vor der Beratung zurückgezogen und durch den letztlich beschlossenen Antrag ersetzt wurde. Bei näherer Betrachtung des ursprünglichen Antrages der Emanzipatorischen Linken



Transparent in Havanna:

Die Blockade ist der längste Völkermord in der Geschichte.

Foto: Wolfgang Frotscher, Cuba Sí, Frankfurt (Oder)

wird deutlich, welche tatsächlichen Vorstellungen und Ziele die maßgeblich von Katja Kipping dominierte Strömung im Hinblick auf Kuba verfolgt. So ist die zurückgezogene Beschlussvorlage „Solidarität mit Kubas demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“ in mehreren Passagen fast wortwörtlich einem Artikel der „tageszeitung“ (taz) vom 25. November 2020 entnommen, die mit ihrer „taz-Panther-Stiftung“ angehende kubanische Journalistinnen und Journalisten in ihrem Sinne ausbildet sowie finanziell unterstützt. Auf diese Weise soll der Aufbau so genannter „zivilgesellschaftlicher Strukturen“ direkt gefördert werden. Damit folgt die den zunehmend neoliberalen und bellizistischen Grünen nahestehende Zeitung der Strategie der deutschen Bundesregierung, „durch Besucherprogramme, Mediendialoge und Projektarbeit vorkommunistische Freiräume“ zu eröffnen und die „Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Öffnung“ zu nutzen, „um gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu begleiten“ (Bundestagsdrucksache 18/11550). Explizit lobte die Bundesregierung in diesem Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vom März 2017 auch die Aktivitäten der „taz-Panther-Stiftung“ und sprach davon, dass „ein von dieser Stiftung organisierter und vom Auswärtigen Amt finanzierter Medienworkshop einen Beitrag zur Öffnung des strikt reglementierten Informationssektors“ leiste. Auch die US-Regierung verfolgt schon lange eine entsprechende Strategie: Der

ehemalige Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna, Jonathan Farar, sprach bereits im Jahr 2009 davon, dass seine Regierung in Zukunft nicht mehr auf die bisherige Generation von Dissidenten setzen, sondern den Fokus auf junge Leute richten wolle, die international einen gewissen Bekanntheitsgrad haben, und hob die Bedeutung „unabhängiger“ Blogger und Journalisten sowie „regierungskritischer“ Künstler hervor. Gerade solche „kritischen Künstlerinnen und Künstler“ standen im Fokus eines im November letzten Jahres begonnenen Konfliktes, der den politischen Bezug zum EmaLi-Antrag darstellt.

Mit den „demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“ ist konkret eine Gruppe von Künstlerinnen und Künstlern gemeint, die sich als „Movimiento San Isidro“ bezeichnen und nach der Verhaftung eines ihrer Mitglieder, des Rappers Denis Solís, in den Hungerstreik getreten sind. Während die genauen Umstände und der Ablauf seiner Verhaftung nicht von entscheidender Bedeutung sind, lässt sich nicht bestreiten, dass Solís ein bekennender Anhänger Donald Trumps ist und politisch fern jedweder progressiver Haltung zu charakterisieren ist. Über diesen Umstand schwiegen sich die Autoren des Antrages der Emanzipatorischen Linken ebenso aus wie über das Eingeständnis von Solís, direkte Kontakte zu rechtsextremen und antikubanischen Kräften in den USA zu haben. Schlussendlich bezeichnen sie – wie Steinitz im „nd“ – entsprechende Berichte als „nationalistische Diffamierungskampagne“. Solche Behauptungen sowie die von EmaLi eingeforderte und vom politischen Kontext losgelöste Solidarisierung mit einer politisch mindestens fragwürdigen Gruppierung, die im Ausland bekannter als in Kuba selbst sein dürfte, kann und darf nicht Inhalt der Kuba-Politik der LINKEN werden. Dies liefe auf eine offene Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in Kuba hinaus!

Auch wenn diese Forderung letztlich kein Bestandteil des PV-Beschlusses vom 23. Januar 2021 wurde, bleibt der nun beschlossene Text trotzdem mehr als problematisch. Der Punkt 5 des PV-Beschlusses lautet: „Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede*n – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler*innen und Aktivist*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.“

Der Parteivorstand der LINKEN kombiniert die richtigen Forderungen in den Punkten 1 bis 4 sowie die richtige Aussage in Punkt 5 zur universellen Geltung der Menschenrechte mit der Forderung nach einem „Dialog“ mit kubanischen Dissidenten, die ihre Sympathien für die Blockadepolitik der USA offen erklären. Die US-Blockade verletzt massiv die Menschenrechte des kubanischen Volkes, und die Trump-Regierung hat in ihrer Amtszeit die seit fast 60 Jahren bestehende Blockade gegen Kuba massiv verschärft.

Der Parteivorstand der LINKEN und unsere gesamte Partei werden unglaubwürdig, wenn sie die US-Blockade verurteilen, Regime-Change-Maßnahmen ablehnen, die universelle Geltung der Menschenrechte hervorheben und zur Solidarität aufrufen – gleichzeitig aber den Dialog mit Befürwortern einer kubafeindlichen Politik fordern.

Deshalb können wir, die Mitstreiter*innen der AG Cuba Sí, den PV-Beschluss vom 23. Januar 2021, der diese falsche Forderung enthält, nicht akzeptieren. Dieser Beschluss bedeutet für DIE LINKE eine Abkehr von der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba; er wird zudem die guten Beziehungen unserer Partei zur Kommunistischen Partei Kubas sowie zu den linken Parteien und Bewegungen in Lateinamerika schwer beschädigen.

Es verbietet sich für eine linke Partei, sich jenen Kräften anzuschließen, die die Begriffe Menschenrechte und Demokratie als politische Keule gegen – aus westlicher Sicht – unliebsame Staaten verwenden und diese Begriffe damit entwerten.

Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen und fehlende Demokratie haben den USA und ihren Verbündeten immer wieder als Begründung gedient für politische Einmischung und Erpressung, für den Raub von Rohstoffen, für Staatsstriche und Kriege. Mit der Behauptung, es gebe Menschenrechtsverletzungen und keine Demokratie in Kuba, haben die USA Attentate und Bombenanschläge auf der Insel verübt, Ernten vernichtet, eine Militärintervention in der Schweinebucht initiiert und führen seit Jahrzehnten einen Wirtschaftskrieg.

Die Partei DIE LINKE täte deshalb gut daran, alle Versuche einer Neuausrichtung der bisherigen Kuba-Politik konsequent zurückzuweisen und an ihrem Prinzip des Internationalismus und der Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung festzuhalten.

Wir möchten an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass kein Beschluss des Parteivorstandes die von den Parteitag und vom Bundesausschuss bereits angenommenen und gültigen Beschlüsse zu Kuba revidieren kann und darf. Dabei kommt dem Bundesausschuss, der das höchste politische Gremium zwischen den Parteitagen ist und Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktionen gegenüber dem Parteivorstand besitzt, eine herausragende Bedeutung zu. Im Bundesausschuss wurde am 16. Januar 2021 ein von der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí eingereicherter Antrag „Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!“ mit großer Mehrheit angenommenen, in dem die uneingeschränkte Solidarität mit Kuba eingefordert wird.

Dort heißt es: „DIE LINKE wird verstärkt einer mangelhaften und unrichtigen Berichterstattung über Kuba entgegengetreten. DIE LINKE wird weiterhin in allen Parteistrukturen die Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí für Kuba aktiv politisch unterstützen sowie die notwendigen materiellen Bedingungen für eine effektive Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí und der Partei DIE LINKE bereitstellen. DIE LINKE bekräftigt ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution.“

Dieser Beschluss des Bundesausschusses der LINKEN vom 16. Januar 2021 ist die gültige Grundlage der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE und sollte auch von denjenigen akzeptiert werden, die sich einen grundsätzlichen Wandel der bisherigen Politik gegenüber Kuba erhofft hatten.

Die AG Cuba Sí wird auch weiterhin für eine von Respekt und Solidarität getragene Politik gegenüber der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung eintreten. Wir fordern den Parteivorstand auf, seinen Beschluss vom 23. Januar 2021 zurückzunehmen und den vom Bundesausschuss am 16. Januar 2021 beschlossenen Antrag „Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!“ als alleinige Grundlage der Kuba-Politik zu bestätigen.

Es ist nun an uns, die von einigen wenigen angestrebte Neuausrichtung der Kuba-Politik der LINKEN zu verhindern und die LINKE auch weiterhin als internationalistische Partei zu erhalten und zu stärken. Die LINKE wäre auch um ihrer selbst willen gut beraten, an ihren außenpolitischen Prinzipien festzuhalten und sich der von einigen Abgeordneten der Bundestagsfraktion angestrebten Preisgabe der friedenspolitischen und internationalistischen Grundsätze entgegenzustellen. Nur so kann es gelingen, die Einheit der Partei zu wahren und die LINKE wieder zu einer starken und handlungsfähigen Kraft zu machen.

Die Solidaritätsarbeit der bundesweiten AG Cuba Sí für das sozialistische Kuba ist seit nun fast 30 Jahren sehr erfolgreich – und unsere Spendeneinnahmen steigen: In den Jahren 2018 bis 2020 um über 40 Prozent! Dies eröffnet uns weitere Möglichkeiten für die politische Solidarität und für unsere Projektarbeit in Kuba. Wir laden alle Parteimitglieder ein, sich bei uns über Kuba zu informieren und in der Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba zu engagieren. Wir bitten die Mitglieder der Partei DIE LINKE in der noch bis Mai 2021 laufenden bundesweiten Kampagne „Unblock Cuba“ zur Beendigung der US-Blockade gemeinsam mit uns aktiv zu werden.

Koordinierungsrat der AG Cuba Sí,
Berlin, den 4. Februar 2021

Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir die relevanten Beschlüsse des Bundesausschusses bzw. des Parteivorstandes der Linkspartei und eine Auswahl der zahlreich bei Cuba Sí eingegangenen Meinungen und Stellungnahmen von Einzelpersonen, Regionalgruppen, Landesarbeitsgemeinschaften und weiteren Verbänden.

Beschluss des Bundesausschusses vom 16. Januar 2021

Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!

DIE LINKE fordert:

Schluss mit der völkerrechtswidrigen US-Blockade gegen Kuba! Schluss mit der Anwendung US-amerikanischer Blockadegesetze in der EU!

DIE LINKE wird ihren politischen Einfluss dafür nutzen, den Kampf gegen die US-Blockade weiterzuführen und zu verstärken und neue politische Partner für diesen Kampf zu gewinnen. DIE LINKE wird insbesondere im Bundestag und im EU-Parlament dafür eintreten, dass US-Blockadegesetze gemäß der EU-Verordnung 2271/96 (EU, Verordnung des Rates Nr. 2271/96) in der Bundesrepublik und in der EU nicht angewendet werden und eine Verletzung der Festlegungen dieser Verordnung, „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ geahndet wird.

DIE LINKE kämpft dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland und die EU endlich ihre Bürger und ihre Unternehmen vor Strafzahlungen an die USA schützen.

DIE LINKE wird insbesondere die noch verbleibende Zeit der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union nutzen, um das Thema „US-Blockade gegen Kuba“ stärker im EU-Parlament zu thematisieren und dort konkrete Initiativen und Aktionen gegen die Blockade und ihre Anwendung in der EU zu starten.

DIE LINKE wird ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament dazu aufrufen, sich gemeinsam mit politischen Partnern dafür einzusetzen, dass das „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ der Europäischen Union mit Kuba von 2016 in allen Mitgliedsländern der EU ratifiziert wird und auf dieser Grundlage die europäischen-kubanischen Beziehungen intensiviert werden. Jegliche Versuche der Europäischen Union, die Umsetzung der Vereinbarung an politische Bedingungen zu knüpfen, sind hierbei abzulehnen.

DIE LINKE begrüßt die „Gemeinsame Erklärung der Außenminister lateinamerikanischer und karibischer Staaten und Deutschlands“ vom 3. Juni 2020, in der die Bedeutung internationaler Organisationen, regionaler Integration sowie der Abschluss umfassender multilateraler Abkommen hervorgehoben werden. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, Kuba in entsprechende Abkommen einzubeziehen und dabei insbesondere Vereinbarungen über Wissens- und Technologietransfer zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu treffen, die kubanischen Initiativen zur Entwicklung von Impfstoffen und Testmedikamenten zu unterstützen sowie mit der kubanischen Regierung über Maßnahmen zur Umschuldung zu verhandeln.

DIE LINKE kritisiert die Entscheidung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einstellung der entwicklungspolitischen Kooperation mit Kuba und ruft ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag dazu auf, sich für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Kuba einzusetzen.

DIE LINKE unterstützt aktiv die Forderung an das norwegische Friedensnobelpreiskomitee zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die „Brigade Henry Reeve“.

DIE LINKE wird verstärkt einer mangelhaften und unrichtigen Berichterstattung über Kuba entgegenreten. DIE LINKE wird weiterhin in allen Parteistrukturen die Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí für Kuba aktiv politisch unterstützen sowie die notwendigen materiellen Bedingungen für eine effektive Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí und der Partei DIE LINKE bereitstellen.

DIE LINKE bekräftigt ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution.

Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Januar 2021

Solidarität mit Kuba

1. DIE LINKE verurteilt entschieden die erneute Verschärfung der US-Sanktionen gegen Kuba und die Listung Kubas als „Terrorstaat“ durch die US-Regierung.
2. DIE LINKE verurteilt Versuche, die Regierung Kubas durch Regime Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen.
3. DIE LINKE fordert die Bundesregierung und die EU auf, entschieden dagegen Stellung zu beziehen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.
4. DIE LINKE unterstützt die Kampagne und die Petition „Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!“
5. Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.

Beschluss des Parteivorstandes vom 14. Februar 2021

Kuba-Politik der Partei DIE LINKE

Der Parteivorstand weist die Interpretation einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE, die aufgrund des Beschlusses vom 23.01.2021 stattgefunden haben soll, entschieden zurück. Im Beschluss hat es keine Unterstützung der sog. San Isidro Bewegung wie in einigen Medien kolportiert, gegeben.

DIE LINKE unterstützt den mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems.

DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution.

Meinungen und Stellungnahmen

Viva Cuba!

Brecht: „...nie vergessen: Die Solidarität!“

Wir, die Älteren und Mitglieder von Cuba Sí, haben es nicht vergessen, dass Cuba Sí 2003 den Widerstand gegen den Verrat der Fraktionsvorsitzenden Gabi Zimmer und anderer Abgeordneten der PDS im Europaparlament am kubanischen Volk organisierte. Schon damals zwei Welten, ein unüberbrückbarer Widerspruch, das klammert kein Pluralismus. Verstärken wir unsere Solidarität mit dem revolutionären Kuba, entlarven wir die sogenannte

kritische Solidarität mit Kuba als das, was sie in Wirklichkeit ist, ein Hort der samtenen Konterrevolution in solidarischer Front mit den Feinden des Völkerrechts und den grausamen Unterdrückern des kubanischen Freiheitswillens sozialistischer Prägung. Wir erwarten vom Parteivorstand die Rücknahme des Punktes 5 dieses Beschlusses und ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit Kuba – entsprechend des Beschlusses des Bundesausschusses vom 16. Januar 2021.

Cuba Sí, LAG Mecklenburg-Vorpommern

Dank an Aktivistinnen und Aktivisten

Wir, Mitglieder des Ältestenrates, begrüßen die Position des Koordinierungsrates der AG Cuba Sí bei der Partei DIE LINKE zum Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Januar 2021. Wir danken allen Aktivistinnen und Aktivisten, allen Mitgliedern der AG Cuba Sí und Tausenden SympathisantInnen Kubas für ihre 30-jährige Solidarität mit dem revolutionären Prozess Kubas und seinem Streben nach Sozialismus kubanischer Prägung.

Auszug aus der Position des Ältestenrates der Partei DIE LINKE

Quelle: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/

Machen uns unglaubwürdig!

Da der PV-Beschluss zu Kuba bundesweit zu Recht doch allerhand Staub aufgewirbelt hat, wäre es gerechtfertigt, an den PV einen Antrag zu stellen, dass diese berüchtigte Passage herausgenommen oder verändert wird. Wir machen uns als Cuba Sí selbst unglaubwürdig. Der Tenor bei uns eingegangener Anrufe war: „Was ist denn bei euch los, rückt DIE LINKE von der festen Solidarität mit Kuba ab? – Warum sollen wir noch etwas spenden, wenn damit die Regimegegner unterstützt werden?“

*Martina und Gerd Anacker,
Cuba Sí, RG Wartburgregion*

Trojanisches Pferd!

Der Linke-Beschluss zur Solidarität mit Kuba erweist sich als Trojanisches Pferd des Antikommunismus. Denn es ist nicht möglich, gleichzeitig solidarisch zu sein mit dem sozialistischen Kuba und mit denjenigen, die einer US-Invasion das Wort reden. Dass nicht allen Vorstandsmitgliedern die Hintergründe bewusst waren, ist anzunehmen. Doch auch der Vorwurf, dass es einigen weniger um Solidarität mit Kuba ging als darum, gegenüber der olivgrünen Regime-Change-Partei und der SPD Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, steht im Raum.

*Ulla Jelpke,
innenpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag*

Informiert Euch!

Der Beschluss unterstellt, dass die kubanische Gesellschaft nicht demokratisch ist und keine Dialoge mit der Bevölkerung führt.

Wenn Ihr die Möglichkeiten der Information über die aktuelle Situation in Kuba nutzt, könnt Ihr an zahlreichen Beispielen erkennen, dass Kuba sehr demokratisch gestaltet ist. Wichtige Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung werden diskutiert. Und nicht nur das: Die angesprochenen kritischen Details werden in die zu beschließenden Dokumente eingearbeitet. Bestes Beispiel ist die per Volksentscheid beschlossene neue Verfassung Kubas. Für Informationen zur aktuellen Situation in Kuba stehen die Compañeras und Compañeros von Cuba Sí jederzeit zur Verfügung. Die Solidarität mit Kuba ist ein Markenzeichen unserer Partei und so wird es bleiben! Denn: Eine andere Welt ist möglich. ¡Viva la solidaridad! - ¡Viva Cuba!

*Claudia und Werner Gerathewohl,
Cuba Sí, Berlin*

Kein Misstrauen!

Ich bin sehr froh: Für unsere kubanischen Partner, für unser eigenes Wirken hier und die Stellung der Kubasolidarität in unserer Partei. Der Beschluss vom 14. 2. sorgt auch dafür, dass kein Misstrauen unter uns Linken wächst. – Saludos
*Inge Giewald,
Cuba Sí, LAG Thüringen*

Hohes Gut!

Herzlichen Dank für die klare Stellungnahme. Ich bin äußerst glücklich, dass es in der Linkspartei immer noch Menschen gibt, für die die internationale Solidarität ein hohes Gut und einen besonderen Wert darstellt.

*Klaus Petermann,
Hannover*

Ein schlechter Tabubruch

und

kein Grund zum Jubeln!

Mit welchem Recht mischt sich der Parteivorstand einer sich links nennenden Partei in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein?

Zur nd-Kolumne vom 2. 2.: Wer keine Ahnung hat, soll einfach mal die Klappe halten. – Oder er ist nicht dumm, sondern sehr gefährlich!

Einen wirklichen Grund zu Euphorie gibt es auch nach dem PV-Beschluss vom 14. 2. nicht!

1. Die Parteiführung sollte selbstkritisch mit der eigenen Arbeit umgehen und nicht aufgrund eigener Fehler die Schuld bei Anderen suchen und unterstellen.

2. Der Punkt 5 im kritisierten Beschluss wurde nicht aufgehoben.

Es darf sich dann niemand über absehbare Effekte bzgl. „Politikverdrossenheit“ und Wahlergebnisse wundern!

*Wolfgang Frotscher,
Cuba Sí, Frankfurt (Oder)*

Keine Belehrungen!

Die Regionalgruppe Cuba Sí Gera protestiert gegen den vorgenannten Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN und unterstützt im vollen Umfang die Stellungnahme der AG Cuba Sí Berlin in der Anlage.

Gerade Kuba als Ziel unzähliger menschenrechtswidriger Attacken in der über 60-jährigen Blockadezeit braucht keine Belehrungen zu Menschenrechten, auch und insbesondere nicht von der LINKEN, sondern unsere ungeteilte Solidarität.

Cuba Sí, Gera

Achtung: Regime-Change-Absicht!

Mit Erleichterung und Dankbarkeit haben wir Eure Erklärung „Die Solidarität mit Kuba ist unteilbar!“ vom 4. Februar 2021 zur Kenntnis genommen.

Nur, wer sich nie mit der Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents befasst hat, kann glauben, dass von den USA unterstützte Gruppierungen etwas anderes anstreben als einen so genannten Regime Change. Demokratisierung ist hierfür eine verharmlosende Bezeichnung. Diese zielt wohl kaum auf Defizite der Entwicklung sozialistischer Demokratie in Kuba. Wenn vom Imperium ausgehaltene Kräfte Demokratisierung fordern, dann ist das so, als würden Kriminelle von ihren potenziellen Opfern verlangen, ihre Freiheitsrechte gefälligst nicht einzuschränken. Wer sich aber hierzulande hinstellt und meint, denen Ratschläge erteilen zu müssen, die in ihrem Blut ersticken würden, siegten die vom Imperium ausgehaltenen Kräfte, denen möchten wir sagen: „Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten!“ Venceremos!

*Bundessprecherrat der
Kommunistischen Plattform*

Kluge Ratschläge?

Die Hauptprobleme, mit welchen die Kommunisten in Kuba ständig zu kämpfen haben, sind die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes. Die nicht schnell genug wachsende gesellschaftliche Produktion wird zusätzlich ausgebremst durch die USA-Blockade.

Wie war denn das Ende der DDR?

Bei der letzten Volkskammerwahl in der DDR entschied sich die Mehrheit für „Freiheit statt Sozialismus“. Wie steht es heute mit dieser Freiheit? Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland von Jahr zu Jahr immer weiter auseinander.

Und nun wollen ausgerechnet wir LINKEN den Genossen auf Kuba gute Ratschläge geben? Ich unterstütze jedenfalls die Stellungnahme von der AG Cuba Sí:

„Wir fordern den Parteivorstand auf, seinen Beschluss vom 23. Januar 2021 zurückzunehmen und den vom Bundesausschuss am 16. Januar 2021 beschlossenen Antrag: „Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!“ als alleinige Grundlage künftiger Kuba-Politik zu bestätigen.“

*Stanislav Sedlacik,
Cuba Sí, Weimar*

Unterstützen Sie unsere Arbeit für Kuba:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí,
IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXX
Als Verwendungszweck bitte immer angeben:
„Kuba muss überleben“ oder „Milch für Kubas Kinder“.

Cuba Sí
AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Tel.: (0 30) 20 009 - 455, -456
berlin@cuba-si.org
www.cuba-si.org

Die Weitergabe dieser Information ist gestattet und ausdrücklich erwünscht!

„Die Ungleichheit soll reduziert werden.“

Zum Jahreswechsel hat Kuba eine Währungsreform mit weitgehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen durchgeführt. Ein Interview mit Steffen Niese, Koordinator der AG Cuba Sí.

● Wie ist es Kuba gelungen, nach dem Ende der Sowjetunion weiterzubestehen, und welche Rolle spielte dabei die Einführung einer zweiten Währung?

Bis zu ihrem Ende war die Sowjetunion Kubas wichtigster Handelspartner. Danach stabilisierte es seine Wirtschaft nach und nach mit Hilfe westlicher Investoren und dadurch, dass es sich dem Tourismus öffnete, den US-Dollar legalisierte und 1994 den konvertiblen Peso (CUC) als Zweitwährung einführte. Diese Maßnahmen konnten den vollständigen ökonomischen Zusammenbruch verhindern, sie führten aber zu einem erheblichen Ungleichgewicht des Preis- und Gehaltsgefüges und zu einer sozialen Differenzierung. Außerdem gelang es nicht, die bereits vor der Revolution bestehende erhebliche Importabhängigkeit zu beenden und die Produktivkräfte in genügendem Maße weiterzuentwickeln. Am 1. Januar 2021 ist in Kuba eine umfassende Währungs-, Preis- und Lohnreform in Kraft getreten, die diese Probleme beheben soll.

● Wie sieht denn die Lohnstruktur in Kuba aus?

Wer beim Staat angestellt ist, bekommt sein Gehalt und seine Pension meist ausschließlich in nationalen Pesos ausgezahlt. Viele Artikel wie einige Lebensmittel, Hygieneartikel oder technische Produkte konnte man aber nur mit dem CUC kaufen. Daher haben viele Kubanerinnen und Kubaner in den letzten Jahren die staatlichen Betriebe und den öffentlichen Dienst verlassen.

Nach der Ausweitung der Möglichkeiten für „Arbeit auf eigene Rechnung“ in Kuba haben sich viele selbständig gemacht. Besonders im Tourismus, im Transportsektor und in der Gastronomie konnte man an einem Tag soviel in CUC verdienen wie Staatsangestellte wie Ärzte oder Lehrer umgerechnet in Peso in einem ganzen Monat. Mit der Erhöhung der staatlichen Löhne und Renten soll diese Ungleichheit reduziert und zugleich die Attraktivität der Arbeit im Staatssektor wieder gesteigert werden.

● Werden die Lohnerhöhungen reichen, um die Preissteigerung auszugleichen?

Während sich die bisher in CUC angebotenen Produkte lediglich um vier Prozent verteuern, sind für die bisher hochsubventionierten und überwiegend aus nationaler Produktion stammenden Erzeugnisse teils erhebliche Preiserhöhungen vorgesehen.

Um die mit diesen Steigerungen sowie mit den zu erwartenden Erhöhungen im Privatsektor unweigerlich einhergehende Inflation kontrollieren zu können, hat die Regierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Dazu zählen

Preisobergrenzen für Produkte und Dienstleistungen, die Vergabe von Überbrückungshilfen sowie ein Schuldenschnitt. Mit der Übernahme sämtlicher Verbindlichkeiten der Staatsunternehmen durch die Banken soll sichergestellt werden, dass die neuen Löhne auch ausgezahlt werden können. Diese Maßnahme zeigt, dass die sozialistische Regierung alles unternehmen wird, um eine Insolvenz bislang unrentabler Staatsbetriebe und damit Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

● Im Zuge der Währungsreform ist auch die Abschaffung von Subventionen für die Grundsicherung, für Wasser, Strom und Nahverkehr geplant. Bedeutet die Reform das Ende des Sozialismus auf Kuba?

Die Abkehr von der bisherigen Subventionspolitik hat bereits unmittelbar nach ihrer Verkündung zu Verunsicherung und Unverständnis in der kubanischen Bevölkerung geführt. So sollte beispielsweise der bislang zu 80 Prozent subventionierte Strompreis vervierfacht werden. Nach einer öffentlich geführten Debatte hat die Regierung von der geplanten Erhöhung Abstand genommen und wird nun den Preis pro Kilowattstunde zumindest für die unteren Einkommensgruppen weniger stark erhöhen.

Im großen und ganzen wird die Regierung die massiven Subventionen künftig aber nicht aufrechterhalten können. Auch aus gesellschaftspolitischen Gründen: Bisher haben alle Kubanerinnen und Kubaner gleichermaßen von den Zuschüssen für Wasser, Strom, Transport, Miete und für die über das Bezugsheft *libreta* ausgegebenen Grundnahrungsmittel profitiert. Dabei standen diese Preise zwar in einem vernünftigen Verhältnis zu den

staatlichen Peso-Einkommen, stellten aber zugleich eine indirekte Bezuschussung derer dar, die über ausreichend Devisen verfügten. Dieses vom ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro als nicht mehr zeitgemäß und gleichmacherisch beschriebene Modell soll daher durch ein gerechteres System ersetzt werden. Der neue Grundsatz lautet: Nicht Produkte subventionieren, sondern bedürftige Menschen unterstützen.

Zweifellos kommt diese am Wohlfahrtsstaat orientierte neue Politik einem Paradigmenwechsel gleich. Von einer grundsätzlichen Abkehr vom Sozialismus und der Einführung der Marktwirtschaft zu sprechen, ist allerdings unzutreffend, zumal die Schlüsselsektoren weiterhin in Staatshand verbleiben. Im Gegenteil: Die jetzt eingeleiteten Maßnahmen sind dazu gedacht, bestehende Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu überwinden. Zudem ist es dem kubanischen Staat angesichts der verschärften US-Blockade, des coronabedingten Rückgangs des internationalen Tourismus und der damit verbundenen Devisenknappheit sowie in Anbetracht der immensen Zusatzkosten zur Bekämpfung der Pandemie im In- und Ausland schlicht nicht möglich, die bisherigen Ausgaben für Subventionen aufrechtzuerhalten.

Langfristig bleibt das Ziel, die Ökonomie zu stabilisieren und importunabhängiger zu machen, um so den Sozialismus kubanischer Prägung weiterentwickeln und die sozialen Errungenschaften der Revolution beibehalten zu können.

Das Interview mit Steffen Niese führte die in Hamburg erscheinende Zeitschrift „konkret“ (konkret-magazin.de). Es wurde in der Ausgabe 2/2021 veröffentlicht.

Steffen Niese verstärkt seit 1. Februar das Cuba Sí-Büro



Foto privat

Steffen ist 40 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Im Rahmen seines Studiums der Politikwissenschaften an der Universität Marburg verfasste er im Jahr 2005 die akademische Arbeit

„Die Auseinandersetzung um die Menschenrechte im sozialistischen Kuba“. Sein Professor machte ihn im Zuge seiner Recherchen auf unsere AG Cuba Sí aufmerksam. Die Arbeit wurde 2006 durch Cuba Sí als Broschüre veröffentlicht. Seitdem arbeitete er ehrenamtlich aktiv in der AG Cuba Sí mit. Sein Studi-

um beendete er mit der Diplomarbeit „Die deutsche Kuba-Politik seit 1990 – Bilanz und Perspektiven.“ Nach Abschluss des Studiums folgten Forschungsaufenthalte am Zentrum für Europäische Studien (CEE) sowie im Archiv des kubanischen Außenministeriums in Havanna. Mehr als neun Jahre arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für zwei Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag, u.a. beim damaligen außenpolitischen Sprecher Wolfgang Gehrcke. Seit Februar 2021 ist Steffen Koordinator im Cuba Sí-Büro.

Seine Aufgabenschwerpunkte sind: politische Solidarität mit Kuba, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit Partei und Fraktion sowie Nachwuchsarbeit.

Redaktion

Die Sicherstellung der Ernährung bleibt eine Frage der nationalen Sicherheit in Kuba

Gegenwärtig ist die Wirtschaft in Kuba durch Devisenmangel gekennzeichnet. Seit dem VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) und mit der Verabschiedung der Leitlinien („Lineamientos“) 2016 werden Bedingungen geschaffen, um die Produktivität im eigenen Land anzukurbeln und Importe zu reduzieren. Der Landwirtschaft kommt dabei die Aufgabe der Ernährungssouveränität zu.

Grundlegendes Problem ist die Kolonialzeit: Das Erbe der exportausgerichteten Monokultur, die Vernachlässigung einer eigenen landwirtschaftlichen Produktion und das Fehlen eines Bauernstandes teilt Kuba mit den meisten ehemaligen Kolonien. Auch nach der Integration in den RGW, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder, wurde diese Struktur weitgehend fortgeführt. In dieser Zeit setzte man auf die Produktion durch staatliche Großbetriebe.

Die Agrarreform vom 17. Mai 1959 brachte die Nationalisierung bedeutender Ländereien mit sich, kleine Pächter und Siedler erhielten Land, aber der Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde durch staatliche Großbetriebe bewirtschaftet. Auch das 2. Gesetz der Agrarreform vom Oktober 1963 beließ 70 Prozent der Flächen in staatlicher Hand. Die Bildung von Genossenschaften (mit unterschiedlichem Grad der Integration) wurde ab 1993 forciert: Basiseinheiten der genossenschaftlichen Produktion (UBPC) wurden gegründet mit Eigentum an Produktionsmitteln und Produktionsergebnissen, jedoch nicht am Boden. Der verblieb in staatlicher Hand. Dies beinhaltet auch die Parzellierung zur einfacheren Bewirtschaftung der Felder.

Problematik kubanischer Landwirtschaft

Das Erreichen der Ernährungssouveränität stellt durch Klimaveränderungen neue Anforderungen an die Landwirtschaft. So beeinflussen zunehmend Dürreperioden, Überschwemmungen und häufigere Hurrikans die landwirtschaftliche Produktion. Durch Überflutungen wird zudem die fruchtbare Bodenschicht abgetragen, Erosion und Versalzung nehmen zu. Eine Problemdarstellung im Mai 2019 ergab das folgende Bild:

- Rund 70 Prozent der Lebensmittel werden importiert, ebenso landwirtschaftliche Produktionsmittel inklusive Treibstoff.
- Landwirtschaftliche Fläche liegt brach, Landflucht.
- Staatliche Unternehmen erzielen nur eine geringe Produktivität.
- Der Einsatz von Technik und Technologie (z.B. Bewässerungssysteme) ist unzureichend.

- Die Pflanzen- und Nutztierzucht aus eigener Kraft ist noch nicht erreicht.
- Es mangelt an Treibstoff für den Transport zu Abnehmern.
- Es besteht eine generelle Unterfinanzierung.

Erste Lösungsansätze

Neben dem Ausbau der urbanen Landwirtschaft („Organopónicos“) genießen seit 2012 Genossenschaften (UBPC) größere Autonomie.



Ein Organopónico (Stadtgarten) – urbane Gemüseerzeugung in Guantánamo.

Unrentable Staatsbetriebe werden teils in Genossenschaften umgewandelt. Anreize für die landwirtschaftliche Nutzung von Brachflächen bietet privaten Erzeugern seit 2012 der Bau von Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden. Die Maßnahmen wurden im August 2017 erweitert um Vertrags- und Vertriebsmöglichkeiten. Auf Initiative von Fidel wurden Zucht und Anbau proteinreicher Futterpflanzen verstärkt.

Einheitliche Märkte bieten den Erzeugern (staatlich, Genossenschaften, Einzelbauern) Absatz für ihr Mehrprodukt über den vertraglichen staatlichen Einkauf („Acopio“) hinaus bei festgelegten Preisspannen. Dies führt zwar zu Einkommenssteigerungen, doch ein gravierendes Problem bleibt – ein erheblicher Teil des ländlichen Mehrprodukts erreicht den Markt bzw. die Städte nicht.

Grundlagen der Agrarpolitik

Neben den Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik des VI. Parteitags im Jahr 2011 wurden auf dem VII. Parteitag 2016 die Konzeption des Wirtschafts- und Sozialmodells für die sozialistische Entwicklung und der Nationale Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis 2030 verabschiedet. Die Inhalte dieser Programme stehen im Einklang mit der Strategie zur Erlangung einer größeren Ernährungssouveränität und werden regelmäßig angepasst. Auch die Verfassung von 2019 ist von großer Bedeutung, denn sie legt den Grundstein für größere regionale und loka-

le Kompetenzen, die wesentlicher Bestandteil der neuen Strategie sind.

Strategie zur Ankurbelung der Wirtschaft 2020

Die Folge der Covid-19-Pandemie mit hohen Kosten im Gesundheitswesen, dem Erliegen des Tourismus, der Beeinträchtigung des Welthandels und der erheblichen Verschärfung der US-Blockade mit ihren extraterritorialen Folgen ist ein gravierender Devisenmangel. Dadurch sank die Kreditwürdigkeit des Staates durch zeitweilige Zahlungsrückstände. Wirtschaftliche Erholung soll ein Stufenplan zu einer „neuen Normalität“ in der Coronapandemie bringen. Wesentliche Inhalte sind:

- Vereinheitlichung der Währung bei Garantie der Besitzstandswahrung als wesentliches Element zur Produktivitätssteigerung und zur Beseitigung ökonomischer Fehlansätze.
- Neues Einkommens- und Preissystem inkl. Rente und Sozialleistungen, mit einem Mindestlohn auf Basis eines allgemeinen Warenkorb, übergangsweise Beibehaltung der „libreta“.
- Das Arbeitseinkommen soll den Lebensunterhalt der Familie sicherstellen, die Einkommenspyramide soll umgekehrt werden: Bezahlung gemäß Qualifikation und Komplexität der ausgeübten Aufgaben.
- Subventionsabbau z.B. für die häuslichen Energiepreise bei Beibehaltung einer Preisstaffelung gemäß Verbrauch mit Anreiz zum Energiesparen, Subventionierung von Bedürftigen.
- Verkauf hochwertiger Importwaren gegen konvertierbare Devisen im Umlauf, um mit diesen Devisen die Versorgung aller sicherzustellen.
- Steigerung des Exports, Abbau von Importen.
- Erleichterung von ausländischen Investitionen allgemein und besonders in bestimmten Wirtschaftszweigen.

„Wir werden von nun an nur noch die Lebensmittel haben, die wir produzieren können.“

José Machado Ventura, 2. Sekretär des ZK der PCC

Die Landwirtschaft genießt Priorität in der Staats- und Regierungspolitik. Neben einer Vielzahl neuer Verordnungen belegen dies Gespräche in regionalen Ausschüssen und Betriebsbesuche im ganzen Land insbesondere durch den 2. Sekretär des ZK der PCC, José Machado Ventura, und des Vizepräsidenten, Salvador Valdéz Mesa. Im Austausch mit regionalen Erzeugern und Behörden werden in teils lebhaften Debatten eine zu starke Regulierung oder die mangelnde Versorgung

mit Maschinen, Ersatzteilen und Ausrüstung thematisiert. Beratungen mit Wissenschaftlern und Experten ergänzen die Bestandsaufnahme. Medial wird dies breit aufgegriffen: „Die Lebensmittelproduktion müsse zu einer Massenbewegung werden, ebenso wie das Bewusstsein für gesunde Ernährung und die Überwindung kolonialer Essgewohnheiten.“

Es gibt keinen Königsweg zur Erlangung der Ernährungssouveränität, vielmehr mehrere Ansätze:

- Versorgung der Städte sicherstellen, Selbstversorgung der Kommunen fördern.
- Zur Vergrößerung der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind lokale Behörden und Produzenten angehalten, Strukturformen und Prozesse in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung zu entwickeln.
- Steigerung der Effizienz und Effektivität in staatlichen Unternehmen und den alten UBPC.
- Stärkung der Autonomie der Unternehmen, Überwinden hierarchischer Strukturen und mangelnder Flexibilität, Übertragen von Entscheidungsbefugnissen auf die Betriebe.
- Verbesserter Zugang der Produzenten zu Ausrüstung und Materialien, Importmentalität überwinden.

Wirtschaftliche Maßnahmen

Das Monopol des staatlichen Großabnehmers „Acopio“ wird beendet. Immer wieder ließ unsachgemäße Lagerung oder eine zu späte Abholung Lebensmittel verderben, die Zahlung an die Erzeuger war schleppend, das zentralisierte System unflexibel. Dafür wird die Direktvermarktung aller Produzenten möglich (neben den staatlichen Unternehmen private Bauern, Kooperativen, verarbeitende Lebensmittelproduzenten), d.h. nach Erfüllung der Verträge mit dem Staat können Überschüsse selbst vermarktet werden. Es sollen verzahnte Wertschöpfungsketten auch mit dem Privatsektor gebildet werden. Ein breiteres Angebot mit verarbeiteten Lebensmitteln bieten künftig die Bauernmärkte. Die Preise werden grund-

sätzlich freigegeben, aber rund 30 Produkte des Basisbedarfs werden weiterhin mit zentral fixierten Preisen gehandelt: Dazu gehören Reis, Bohnen, Milch, Zucker, Eier, Kartoffeln, Koch- und Essbananen.

Das öffentlich deklarierte Produktionsziel liegt bei monatlich 30 Pfund Obst und Gemüse und 5 kg Fleisch pro Person. Das ist äußerst ehrgeizig, bedenkt man zudem, dass der lokale Anbau auch die Städte mitversorgen soll. Jede Provinz soll dies mit eigenen Ressourcen erreichen, wobei Havanna und Santiago de Cuba unterstützt werden durch besonders leistungsfähige Regionen. Der eigenständige Import von Produktionsmitteln gegen Devisen und der Produktexport durch über 37 staatliche Außenhandelsbetriebe ist nun möglich. Private Landwirte können Familienangehörige in die landwirtschaftliche Arbeit einbeziehen und unter Berücksichtigung des Arbeitsrechts Saisonarbeitskräfte einstellen. Kreditangebote für alle Eigentumsformen in der Landwirtschaft werden ausgebaut. Und nicht zuletzt sind Steuererleichterungen vorgesehen.

Produktive Maßnahmen

Die bisherigen Fortschritte reichen weder qualitativ noch quantitativ aus für eine angemessene Ernährung der Bevölkerung. 85 Prozent der Kleintierzucht (Schweine, Ziegen, Schafe, Kaninchen) erfolgt im nichtstaatlichen Sektor. Probleme bereiten die niedrige Rate an künstlicher Befruchtung und wenig Geburten bei hoher Sterblichkeit, Wassermangel und die unzureichende Aussaat von Futterpflanzen. Die erzeugte Menge an Milch und Fleisch bleibt damit zu gering. Unzureichend ist die Erzeugung von Futtermitteln, Heu und Silage, um Dürreperioden ohne Notschlachtungen auszugleichen.

Stärker als bisher müssen daher Bodenanalysen und Bodenverbesserungen ungenutzter Brachen erfolgen, Schadpflanzen wie Marabú kontinuierlich beseitigt, sich an verändernde klimatische Bedingungen angepasste, proteinhaltige Futterpflanzen angebaut und Bewässerungssysteme angelegt werden. Nächste

Stufe ist der Einsatz hochwertigen Saatguts. Hier wird eine systematische Produktion mit Qualitätszertifizierung angestrebt, auch bei Nutzung von Gentechnik. Forschungsinstitute und Universitäten tragen mit der Entwicklung von Düngern, Herbiziden und Pestiziden auf organischer Basis zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei.

Eine hohe Verantwortung liegt bei den lokalen und regionalen Verwaltungen mit der Stabilisierung der Arbeitskräftesituation, um Wertschöpfungs- und Produktionsketten aller Eigentumsformen in besonders produktiven Bereichen zu entwickeln. Damit gehen ebenso wie partizipative Ansätze auch eine verbesserte Unternehmensführung und Kontrolle einher.

Anforderungen an Cuba Sí

Der ungeschminkte Blick auf die angespannte Lage in der kubanischen Landwirtschaft überrascht nicht, die bislang eingeleiteten Maßnahmen sind keineswegs neu. Neu ist jedoch die konsequente Ausrichtung auf das Erlangen der Ernährungssouveränität in einer langfristigen Perspektive. Die in diesem Sektor bislang eingesetzten Devisen müssen für die Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft und zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution zunehmend nutzbar werden. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der gegenwärtigen Situation die Ernährungssicherheit der Bevölkerung auf dem Spiel steht.

Die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung liegt dabei auf der Hand. Die EU hat mit Kuba ein Abkommen geschlossen, das hierfür Grundlage sein kann. Tatsächlich wirbt Kuba aktiv um auswärtige Kooperationen und Investitionen in Bereichen wie Mechanisierung, Technologie, Be- und Entwässerung, Nachhaltigkeit und Umweltschutz. In der Vergangenheit trug auch unsere Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei DIE LINKE mit ihren Spenden bei, Projekte zur Verbesserung der produktiven Basis gemeinsam mit kubanischen Partnern in der Landwirtschaft durchzuführen. Diese waren teilweise als Referenzprojekte im nationalen Entwicklungsplan erfasst. Daran wird unsere Organisation auch künftig anknüpfen.

Das bundesdeutsche Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat übrigens gerade seine Entwicklungsprogramme auf Länder konzentriert, in denen es politisch-strategische Interessen sieht. Kuba gehört nicht dazu. Stattdessen verweist das BMZ auf kirchliche Dienste oder Organisationen der Zivilgesellschaft und natürlich auf Wirtschaftsunternehmen. Ein Grund mehr für Sie, liebe Spenderinnen und Spender, die Landwirtschaftsprojekte von Cuba Sí weiterhin zu fördern und damit zur Ernährungssicherheit in Kuba beizutragen.

Angelika Becker

Quellen: Granma, Amerika 21, Cuba heute, Cuba libre (Renate Fausten)



Büffelherde in der von Cuba Sí unterstützten Produktionseinheit „UBPC 10. Oktober“ des Projektteils Yateras in Campo Verde, Provinz Guantánamo.

Unser Beitrag zur Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion



Foto: Cuba Sí

12. März 2020: Die Cuba Sí-Solidaritätsbrigade hilft im Projekt Yateras bei der Bohnenernte.

Für die kubanische Landwirtschaft gibt es neue strategische Überlegungen (→ siehe Seiten 10–11), die noch stärker als bisher das Erlangen der Ernährungssicherheit betonen. Damit einher gehen Erfordernisse für effiziente Produktion, wirtschaftliche Betriebsführung, tragfähige Entwicklungskonzepte und eine nachhaltige Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen. In den Cuba Sí-Projekten werden diese Gesichtspunkte berücksichtigt. Sie verfolgen einen integrativen, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Ansatz mit der Verbesserung der produktiven Basis und der Lebensbedingungen, stärken lokale Kreisläufe, schließen Produktionsketten, bieten Weiterbildung und Qualifizierung, unterstützen kulturelle und soziale Angebote vor Ort. Die Projekte tragen damit zur Sicherung der Ernährung bei, die der frühere Präsident Raúl Castro als Frage der nationalen Sicherheit bezeichnet hat.

Um unsere Projekte in den Provinzen Guantánamo und Sancti Spiritus Mitte des Jahres 2021 erfolgreich abschließen zu können, haben diese im Jahr 2020 im Rahmen punktueller Projekte finanzielle Unterstützung durch Cuba Sí erhalten. Im Jahr 2021 werden wir mit ausgewählten Projekten in zwei anderen Projektregionen der letzten Jahre – Maya-beque und Pinar del Río – bei der Sicherung der Nachhaltigkeit und der Umsetzung der neuen Strategien unterstützen. Aufgrund der anhaltenden Pandemiesituation benötigt Kuba gegenwärtig für seine Landwirtschaft vorrangig solche Unterstützung, die zu schnellen und sichtbaren Ergebnissen in der Lebensmittelproduktion führt. Wir rechnen deshalb mit konkreten Vorschlägen aus Kuba, die sich z. B. auf die Kleintierzucht konzentrieren.

Wir planen, ab 2022 wieder längerfristige Projekte umzusetzen. Gemeinsam mit unseren Partnern in Kuba müssen wir deshalb erörtern, welche Form und welche Partner unsere langfristigen Projekte in Zukunft haben. Denn Kuba macht es uns vor: Es kann kein „Weiter so“ geben. Unsere Erfahrungen müssen immer wieder auf den Prüfstand und sich an den neuen Erfordernissen messen lassen. Veränderungen im Interesse einer effektiveren Produktionsweise, die sich in einer höheren Lebensmittelherzeugung und einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung auswirken, sind unser Ziel. Daraus ergibt sich für uns die Frage: Wie kann unsere Hilfe am wirkungsvollsten sein?

Container mit Sachspenden

Anfang Dezember 2020 erreichte ein weiterer Spendencontainer unser Projekt in Guan-

tánamo. Erste Fotos zeigen das Eintreffen der Spenden. Der mit einer erfolgreichen Anzeigenaktion finanzierte solare Tunneltrockner (es gingen mehr als die benötigten 20 000 Euro ein) wurde durch die Compañeros der „CCS Ángel Bouza Calvo“ entgegengenommen. Er wird nach seinem Aufbau und der Inbetriebnahme wertvolle Hilfe leisten bei der Verarbeitung der großen Ernteerträge dieser Genossenschaft. Getrocknete Mangos, Tomaten, Bananen und andere Produkte ergänzen die Versorgung der Bevölkerung. Gemeinsam mit den Erzeugnissen aus der im letzten Jahr in dieser CCS errichteten „minifábrica“ (Minifabrik) werden so Verluste minimiert und neue Erwerbsquellen für die Mitglieder der Genossenschaft geschaffen. Damit leistet Cuba Sí einen wichtigen Beitrag zum Schließen lokaler Produktionsketten – ein hervorgehobener Aspekt bei der Neuordnung der kubanischen Landwirtschaft.

Stärkung lokaler Dienstleistungen

Auch die Tischlerei, die im Projekt mit Unterstützung zahlreicher Spenden errichtet wurde und ein wertvolles Dienstleistungsangebot für die regionale Bevölkerung bietet, erhält aus diesem Container neue Maschinen, Werkzeuge und Verbrauchsmaterialien. Unsere Fahrradwerkstatt bekommt zur Instandhaltung der vielen Spendenräder ebenfalls Ausrüstung. 34 Räder haben im Container das Projekt erreicht. Für die Schlachtereie wurden Messer und Schutzkleidung mitgeschickt. Zahlreiche Tische und Stühle für die Schulen und Weiterbildungsräume haben unsere Partner ebenso erhalten wie Bettwäsche und Handtücher. Wir sind uns sicher: Auch in diesem Jahr werden uns zahlreiche Spenden der Freunde Kubas erreichen, die wir verantwortungsbewusst für die Weiterführung unserer solidarischen Arbeit einsetzen werden. Dabei spielen unsere landwirtschaftlichen Projekte eine entscheidende Rolle!

Herzlichen Dank an alle Spenderinnen und Spender für Ihre Unterstützung!

Claudia Gerathewohl

Finanzielle Unterstützung unserer Projekte 2020

Cuba Sí stellte 2020 eine Summe von bis zu 200 000 Euro zur Förderung der Landwirtschaft in Kuba bereit:

- 114 000 Euro flossen dabei in zwei punktuelle Projekte in den Provinzen Sancti Spiritus und Guantánamo für den Kauf von Betriebsmitteln, die eine direkte Wirkung in der Produktion und bei der Erzeugung von Lebensmitteln entfalten. Dazu gehören z. B. Milchtanks, Ersatzteile für die Fahrzeugflotte zum Transport der Lebensmittel, Kompressoren, Schweißgeräte, Arbeitskleidung und -geräte. Auf Guantánamo entfiel dabei eine Teilsumme von 50 000 Euro, auf Sancti Spiritus 64 000 Euro. Weitere 13 900 Euro wurden im Projekt Guantánamo eingesetzt für den laufenden Betrieb.
- Mit 36 000 Euro fördert unsere Partnerorganisation ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion) zudem die territoriale Selbstversorgung und die Tierproduktion in Abstimmung mit dem Agrarministerium MINAG.
- Ein weiterer Betrag von bis zu 50 000 Euro wurde vorgehalten, um für die Projekte bestimmte Einkäufe in Deutschland zu realisieren und per Container zu versenden. Diese Mittel sind zu zwei Dritteln bereits eingesetzt worden.

Solidarität mit dem Gesundheitswesen Kubas: Umdenken in Corona-Zeiten

Wir berichteten in der *Revista 1/2020* über die Unterstützung der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna vom Beginn im Jahr 2018 bis zur Ankunft unseres Containers im Juli 2020. Seitdem hat sich einiges verändert.

Ursachen sind die Coronavirus-Pandemie und schlichtweg das Leben mit seinen geplanten Zielen und überraschenden Wendungen. Denn, frei nach John Lennon, Leben ist das was passiert, während Du beschäftigt bist, andere Pläne zu machen. So haben zwei Compañeros unseren ohnehin kleinen Arbeitskreis verlassen. Das ist schade, wir vermissen sie!

Wertvolle Hilfe der Regionalgruppen

Schon 2019 hatten wir unseren Gruppen in Chemnitz und Thüringen zwei große Sachspenden-„Fischzüge“ in Krankenhäusern von Chemnitz und Jena zu verdanken. Die Unterstützung setzte sich fort mit dem Finanzbeschluss der Landes-AG Thüringen zugunsten des Krankenhausprojektes (8000 Euro). Weiterhin haben wir mit unseren Magdeburger Freunden Klinikbetten und medizinisches Verbrauchsmaterial im Krankenhaus Haldensleben verladen (→ siehe Seite 1). In einer Aktion von Cuba Sí Gera konnten Klinikbetten, Medizingeräte und Verbrauchsmaterial beschafft und vor Ort verladen werden. Die Übernahme von Betten und Medizintechnik aus Kliniken in Gera und Naumburg setzen wir gemeinsam fort.

Neben diesen großen Aktionen bieten Freunde des sozialistischen Kubas medizinische Geräte und Materialien an, die nicht mehr benötigt werden: Da ist z.B. jemand im Besitz eines wertvollen Geräts zur Selbstkontrolle der Blutgerinnung und wird eines Tages auf ein neues Medikament umgestellt, wodurch die Kontrollen entfallen. Dieses Gerät wird nun in „unserer“ Klinik zur Gerinnungskontrolle bei Patientinnen mit Herzkrankheiten eingesetzt. Die Klinik ist Nationales Referenzzentrum für werdende Mütter mit Herzkrankheiten und Diabetes.

Vergrößerte Reichweite

Uns erreichen auch Spenden, die in der Geburtsklinik nicht verwendet werden können. Diese kommen Kooperationspartnern der Geburtsklinik zugute, z. B. einer Kinderklinik mit Kinderchirurgie und ambulanten Einrichtungen. Mitunter vermitteln wir selbst chirurgische Instrumente, EKG- und Ultraschallgeräte oder ein tragbares Sauerstoffgerät. Das übergaben wir einer Lungenklinik in Havanna zur Behandlung eines chronisch lungenkranken Patienten.

Ganz von selbst erweiterte sich also unser Wirkungsfeld: Von der Neugeborenen-Intensivstation auf die Intensivschwangeren-Betreuung, die Anästhesieabteilung, die Entbindungsstation und die Kooperationspartner, von Havanna überregional nach Guantánamo und letztlich auf das Gesundheitswesen insgesamt. Denn kurz bevor Covid-19 auf die Insel eingeschleppt wurde, landete eine Cuba Sí-Solidaritätsbrigade in Guantánamo (→ siehe Seite 8). Sie besuchte das Provinzkrankenhaus, die Idee der Kooperation wurde geboren.

Covid-19: Neue Etappe

Die unter dem Dach des Netzwerks Cuba vereinten Solidaritätsorganisationen warben im Rahmen der „Unblock Cuba“-Kampagne für die Unterstützung des kubanischen Gesundheitssystems im Kampf gegen das Corona-Virus. 70 000 Euro wurden in kurzer Zeit nach Kuba überwiesen. Fast 30 000 Euro wurden für den Kauf von Beatmungsgeräten und 38 000 Euro für medizinische Verbrauchsmaterialien bereitgestellt.

Die jüngste Aktion startete im August/September 2020 in direkter Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium (MINSAP). Es ging um Dinge des täglichen Bedarfs: OP-Handschuhe, Nahtmaterial, Kanülen, Infusionssysteme, Verbandsmaterial, Hygieneartikel, Blasenkatheeter, Einwegspritzen, Labormaterial, Schläuche, Filter, Anschlüsse für die Hämodialyse (Blutwäsche). Als „kleine Zugabe“ organisierten wir chirurgische Instrumente und vier Neugeborenen-Inkubatoren.

Eine erste Lieferung ist bereits auf der Insel (→ siehe Seite 1), der zweite Teil harrt des Abtransports in unserem schier überquellenden Lager. Corona bremst uns aus! Der erste Beladungstermin war Mitte Dezember anvisiert und lief deswegen in unseren Unterlagen als Weihnachtscontainer. Nun wird daraus wohl ein Ostercontainer werden! Ein Trost: Die durch Covid-19 bedingten Rückstände wurden von den Lieferanten in dieser Zeit aufgeholt und somit sind alle unsere Bestellungen komplett.

Kubasolidarität kann Türen öffnen

Was die Beschaffung unserer Medizinspenden durch Kauf und Übernahme ausgesonderter Technik betrifft, so erleben wir bei den Verhandlungen Überraschungen in beide Richtungen. Der Begriff „Kubasolidarität“ kann eine Tür öffnen und eine andere knallhart zuschlagen. Wir haben großzügige Rabatte und Materialspenden, freundliche Gespräche mit Außendienstlern und Firmenverantwortlichen

erlebt, aber auch die Folgen der US-Blockade. So geschehen beim Kauf eines Neugeborenen-Inkubators: Alles schien in trockenen Tüchern, aber das Wort „Havanna“ in einer E-Mail brachte alles zum Scheitern. Woher sollten wir auch wissen, dass das Gerät einer deutschen Firma in den USA gebaut wird? Andere Außenhandelsrestriktionen ließen sich durch geduldige Suche bei der Konkurrenz umgehen.

Spende ist nicht gleich Spende

Zuletzt noch zur ausgesonderten Medizintechnik. Natürlich sind Überwachungsmonitore, Infusionspumpen, Beatmungsgeräte, Neugeborenen-Inkubatoren, EKG- und Ultraschall-Geräte, etc. nach zehn Jahren Betriebsdauer (unsere Vorgabe) meist noch in gutem Zustand. **Aber:** Wir müssen sicher sein, dass diese Geräte auf Kuba gebraucht werden, technisch kompatibel mit dem Stromnetz vor Ort, in der Klinik und auf der Station sind sowie technisch in das vorhandene System passen. Auch das Zubehör (Kabel etc.) muss vollständig oder leicht beschaffbar, zugehöriges Verbrauchsmaterial nachlieferbar sein. Ebenso müssen die Beschriftungen und die Menüführungen in den Displays auf spanische, mindestens jedoch englische Sprache, veränderbar sein. Benötigt werden zudem spanische (englische) Gebrauchsanleitungen. Deutsche Anleitungen auf Kuba – geht ja gar nicht!

Trotz aller guten Vorsätze haben wir bei unseren „Fischzügen“ ungeeigneten „Beifang“ an Land gezogen, den wir nach Rücksprache mit unseren kubanischen Partnern bzw. intensiven Recherchen zur Verwendbarkeit aufwändig entsorgen mussten – in Erinnerung bleibt dabei ein Untersuchungsplatz zur Lungenfunktionsprüfung von der Größe einer Telefonkabine!

Entgegen unseren Befürchtungen sind die Spendeneinnahmen im letzten Jahr trotz Corona in erfreulichem Maße gestiegen. Das erlaubt uns, neben unserem Einstiegsprojekt der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ auch das Provinzkrankenhaus „Dr. Agostinho Neto“ in Guantánamo zu unterstützen und in Absprache mit dem MINSAP die Lieferung von Betten, Medizintechnik und speziellen Medikamenten zu planen. Dafür danken wir Ihnen!



Solidarität ist geben, was dem anderen fehlt.

In diesem Sinne werden wir arbeiten – in unseren Landwirtschafts-, Fahrrad- und Medizinprojekten.

Viva la Revolución cubana!

Arbeitskreis Gesundheitswesen

Fahrräder für Kuba – Mobilität in ländlichen Regionen

Fahrräder waren stets Bestandteil der materiellen Solidarität von Cuba Sí für die Menschen in den Projekten. So wurden 2007 – kurz vor der Liquidation eines Herstellers – 40 Fahrräder gekauft und nach Kuba geschickt. Mit der Möglichkeit, gespendete Fahrräder in einer Fachwerkstatt kostengünstig (Finanzierung der erforderlichen Ersatzteile, nicht der Arbeitsleistung) aufarbeiten zu lassen, erhielt das Projekt „Fahrräder für Kuba“ eine breitere Basis. Für einige der Cuba Sí-Regionalgruppen ist das Projekt inzwischen ein Schwerpunkt ihres Wirkens vor Ort, z.B. in Gera, Chemnitz, Frankfurt (Oder), Bad Salzungen und innerhalb der Landes-AG Cuba Sí Thüringen. Auch Einzelpersonen und Familien zählen mittlerweile zu den Spendern – so in Erkner, Laubusch bei Hoyerswerda und Schildow bei Berlin. In den letzten Jahren erreichten so etwa

1 000 betriebs- und verkehrssichere Fahrräder Kuba, 2020 waren es 157.

Fahrradwerkstatt in Kuba

Den Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit betrachtend, war das Einrichten einer Reparaturmöglichkeit der Fahrräder vor Ort ein nächster Schritt. Dabei musste der künftige Schwerpunkt unserer Soli-Arbeit berücksichtigt werden. In den nächsten Jahren wird dieser aus verschiedenen Gründen in der Provinz Guantánamo liegen. Eine Fahrradwerkstatt in der Projektregion einzurichten, ist deshalb sinnvoll. Die Regionalgruppe Dresden wird als Projektpartner die Ausrüstung für die Fahrradwerkstatt finanzieren und diese langfristig unterstützen. Unser Projektpartner in Guantánamo hat bereits die baulichen Voraussetzungen geschaffen, so dass die Werkstatt –

sie erreichte per Container Anfang Dezember 2020 Kuba – demnächst eingerichtet wird und die Arbeit aufnehmen kann.

Coronabedingt konnte unser Partner, eine Berliner Fahrradwerkstatt, 2020 nur wenige gespendete Fahrräder reparieren. Das ergibt derzeit einen großen „Rückstau“ zu überarbeitender Fahrräder in unseren Lagern, denn es werden mehr Räder angeboten, als die Werkstatt „verkräften“ kann. Deshalb die Bitte an unsere Kuba-Freunde: Haltet Ausschau nach kostengünstigen Reparaturmöglichkeiten in Eurer Region. Bei ausreichend Lagerkapazität können von dort direkt Container beladen werden. Ein kleiner Container fasst 110 Räder, ein großer etwa 300. Gern unterstützen Helfer auch aus Berlin beim Beladen wie jüngst im Juli 2020 in Gera.

Gespendete Fahrräder müssen in betriebs- und verkehrssicherem Zustand sein. Dies bedeutet:

- Die drei Lager eines Fahrrads (Vorder-, Hinterrad- und Tretlager) reinigen und mit Kugellagerfett versehen – nicht ölen wegen der Wärme in Kuba!
- Verschleißteile wie Reifen, Bremsbeläge, Sattel, Lenkergriffe, Pedalen, Bowdenzüge und Kette sind überprüft und bei Bedarf erneuert.
- Die Beleuchtung ist funktionsfähig – wenn keine vorhanden, keine anbringen.
- Um möglichst viele Räder im Container unterzubringen, bitte die Pedalen nach innen montieren, Lenker und Sattel in tiefste Stellung setzen und den Lenker um 90° drehen.

Lasst uns die Erfolgsgeschichte des Projekts „Fahrräder für Kuba“ fortsetzen!

*Werner Gerathewohl,
ehrenamtlicher Koordinator des
Cuba Sí-Projektes „Fahrräder für Kuba“*



Die „Mühen der Ebene“: Werner Gerathewohl beim Verladen von in Frankfurt (Oder) gesammelten Fahrrädern. Für den Transfer der Frankfurter Räder ins Berliner Lager waren allein drei Touren erforderlich. Foto: Wolfgang Frotscher/Cuba Sí Frankfurt (Oder)

Hohe Spenderbereitschaft im südlichen Wartburgkreis

Schwerpunkt der Soli-Arbeit der Cuba Sí-Regionalgruppe Wartburgregion ist das Fahrradprojekt, die jüngste Abholung der meist fahrbereiten Räder erfolgte mit Akribie. In den Gesprächen mit den zahlreichen Spendern zwischen Vacha, Geisa, Stadtlengsfeld und Dermbach kam deren Solidarität mit Kuba zum Ausdruck. „Wenn wir Kuba helfen können, sich gegen die Blockade der USA zur Wehr zu setzen, tun wir das gerne“, war immer wieder zu hören.

Harald Hentschel aus Oechsen spendete zwei Fahrräder und begrüßte das Abholteam mit „Jetzt seid ihr beim größten Kuba-Fan des Wartburgkreises angekommen.“ Er führte die erstaunten Tourenakteure nach der Verladung sogleich zu seiner Kuba-Ausstellung (siehe

Foto). Herzstück ist ein Glas mit Sand von der Schweinebucht. Harald Hentschel setzte während seiner Kuba-Reise 2015 alles daran, um diesen geschichtsträchtigen Ort zu besuchen. Dort scheiterte am 17. April 1961 jämmerlich die Invasion der USA mit dem Ziel, die Regierung Fidel Castro zu stürzen.

Angebote von Fahrradspenden trudeln nach wie vor ein. Mehrfach äußerten die Spender, dass die verstärkte Solidarität mit Kuba in Zeiten der Corona-Pandemie wichtiger denn je sei. Deshalb bedankt sich unsere Cuba Sí-Gruppe in der Wartburgregion herzlich bei



allen Spendern für ihre Solidarität mit dem sozialistischen Kuba.

Text, Foto: G. Anacker, Cuba Sí Wartburgkreis

● Cuba Sí Gera

„Unser Herz schlägt für Kuba“



Am 21. Oktober 2020 wurde unsere Stadt- und Regionalbibliothek 100 Jahre alt. Cuba Sí Gera gratulierte herzlich und bedankte sich für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren auf einem „Buchrücken“ an der Eingangsfront der Bibliothek. Da die Namen der Sponsoren nicht angebracht werden durften, haben wir für die nächsten 100 Jahre „Unser Herz schlägt für Kuba“ gewählt. Eine gute Wahl im Zentrum von Gera.

Foto und Text: Cuba Sí Gera

● Cuba Sí CHEmnitz

Filmvorführung „Die Kraft der Schwachen“

Mit 22 Leuten war die Filmveranstaltung „Die Kraft der Schwachen“ am 8. Oktober 2020 in der Volkshochschule Chemnitz unter Berücksichtigung der Abstandsregeln aufgrund der Corona-Pandemie gut besucht. Mehrfach hat Cuba Sí Chemnitz diesen Film über ein unkommerzielles, gut funktionierendes Gesundheitssystem am Beispiel von Jorgito an verschiedenen Orten in Chemnitz gezeigt und darüber berichtet. Immer wieder gab es positive Reaktionen, insbesondere auf die eindrucksvollen Schilderungen der Erfahrungen des Filmemachers Tobias Kriele. In Deutschland streiken Beschäftigte des Gesundheitswesens für bessere Arbeitsbedingungen und der daraus resultierenden besseren Behandlung und Versorgung der Patienten unter dem Motto „Gesundheit statt Profite“. Traurig lässt es daher anmuten, dass neben den durch US-amerikanische Behörden subventionierten medialen Angriffen viele weitere Sanktionen gegen Kuba verhängt werden: Die wenigen Menschen aus den USA, die es schaffen, eine

genehmigte Reise nach Kuba anzutreten, dürfen weder in Hotels Unterkunft finden noch staatliche Produkte kaufen. Eine Einkommensquelle weniger für den kubanischen Staat und somit für den öffentlichen Haushalt, aus dem die kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, die subventionierten Lebensmittel und der subventionierte Wohnungssektor finanziert werden.

Mit der Durchführung von Filmveranstaltungen und Vorträgen über das humanistisch geprägte Kuba tragen wir öffentlich zur Aufklärung über die Realität in Kuba bei und wenden uns gegen Desinformationskampagnen zur Destabilisierung und gegen die Blockade, so dass Kuba selbstbestimmt seinen eigenen Weg weiter gehen kann und eine faire Chance erhält. Wir vernetzen uns, tauschen unsere Erfahrungen aus, suchen uns öffentliche Kooperationspartner für Räumlichkeiten und zur Finanzierung, in der Hoffnung, dass die Blockade gegen Kuba irgendwann aufgehoben wird.

Silke Albert, Cuba Sí CHEmnitz

● Cuba Sí Frankfurt (Oder)

„Kleinvieh macht auch Mist!“

Diese Redensart kennen sicher viele. Sie ist auch sehr vielseitig verwendbar. Aber der Reihe nach: Die jüngsten Spendenaufrufe von Cuba Sí informieren u.a. darüber, dass das Gesundheitssystem Kubas vor allem durch die Blockade, aber auch durch Corona, nicht unverwundbar ist. Es gibt große und kleinere Wunden. Und da wir als kleine Regionalgruppe keine großen Operationen durchführen können, helfen wir bei der Wundversorgung im bescheideneren Maßstab.

Konkret sah das so aus: Die frühere Krankenschwester Ruth W. konnte uns aus verschiedenen Beständen orthopädische Hilfsmittel übergeben, die sie selbst und über frühere Kolleginnen beschafft hatte. Weitere Spenden konnten wir über ihre früheren Kontakte erhalten. Es waren beispielsweise ein Rollator, mehrere Paare Gehhilfen und eine ganze Menge Orthesen verschiedenster Art dabei. Alles neuwertig.

Was uns zusätzlich freut: Diese kleinen Spenden wurden sehr gern angenommen und sind seit dem 21. November in einem „Medizin-Container“ auf dem Weg in die Karibik.

Wolfgang Frotscher, Cuba Sí Frankfurt (Oder)



Foto: Christel Radeske

Wolfgang Frotscher (links) übergibt die Materialien in Berlin vor dem Karl-Liebknecht-Haus an Justo Cruz.

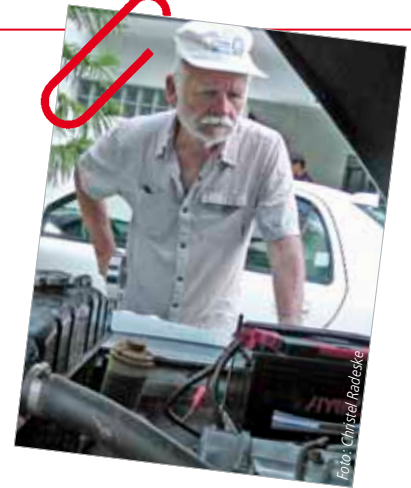


Foto: Christel Radeske

Nachgefragt bei:

Wolfgang Frotscher (73), Cuba Sí Frankfurt (Oder)

● Was motiviert Dich bei der Arbeit als Sprecher von Cuba Sí Frankfurt?

Mein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn. Knapp 90 Prozent Zustimmung durch die kubanische Bevölkerung zur neuen Verfassung sagen genug. Und ein selbsternannter „Weltgendarm“ maßt sich an, Kubas Erfolge zurückdrehen zu wollen!

● Woher kommt Deine Liebe zu Kuba?

Ich hatte mehrfach die Gelegenheit, viele Teile des Landes und ganz besonders die Menschen persönlich kennen zu lernen. So viel Herzlichkeit, Aufgeschlossenheit und Freundlichkeit auf einmal ...!

● Wie viele seid Ihr in Frankfurt?

Schwer zu sagen, wir führen keine „Partei“ und verstehen uns als ein lockerer Zusammenschluss von Kuba-Freunden. Mehr als eine Handvoll sind wir schon ... Über unsere Aktivitäten informieren wir im Internet: www.cubasi-ffo.de.

● Kann man bei Euch mitmachen?

Wir wollen Kuba helfen und da ist jede Hand und jeder Kopf mit Ideen, vor allem junger Leute, gefragt! Wir treffen uns regelmäßig in der „Havana-Bar“ (Infos: www.cubasi-ffo.de/Termine/termine.html).

● Du organisierst Fotoausstellungen und Filmvorführungen zu Kuba. Können diese auch Andere nutzen?

Keine Frage! Ich will mit meinen fotografischen und filmischen Mitteln Land und Leute bekannt machen. Im Internet versuche ich das auf www.wolfgang-frotscher.de. Interessenten melden sich einfach bei mir.

● Was wünschst Du Dir für Kuba?

Ich habe keine Illusionen und versuche, Realist zu sein! Ich wünsche mir, dass zumindest die schlimmsten Verschärfungen der US-Blockade gelockert werden. Die völkerrechtswidrige Blockade völlig aufzuheben, wäre aber das einzig Richtige!

Fragen: Miriam Näther

Kampagne #UnblockCuba – macht mit!

Eine gemeinsame Kampagne der Tageszeitung *junge Welt* und europäischer Solidaritätsorganisationen

Der erste gemeinsame Aufruf der *jungen Welt*, des Netzwerks Cuba, der Vereinigung Schweiz-Cuba und der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft galt 2019 dem Ziel, gleiche Plakattmotive der Kampagne in größeren Städten an zentralen Orten zu hängen. Damit sollte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Folgen der US-Blockade in Kuba und die Hauptversammlung der Vereinten Nationen gelenkt werden, bei der Kuba stets eine Abstimmung zur Abschaffung der US-Blockade beantragt. Die Mittel dafür wurden in einer Spendenkampagne zusammengetragen.

Neuaufgabe 2020

Unter der Trump-Administration wurde die Blockade massiv verschärft, um Kuba in die Knie zu zwingen. Das war der Auslöser für eine Neuaufgabe der Kampagne – noch größer, noch internationaler ist sie geworden: Bislang beteiligten sich 89 europäische Organisationen aus 23 Ländern. Im Oktober 2020 fand die Auftaktveranstaltung online statt. Ziel ist erneut eine öffentliche Aufmerksamkeit vor der UN-Abstimmung für ein Ende der Blockade im Mai 2021.

In der bisherigen Politik des neuen US-Präsidenten Joseph Biden zeichnet sich ab, dass Kuba auf seiner Agenda nicht ganz oben steht. In den Monaten bis zur erneuten Abstimmung zu Kubas Resolution, die die immensen Schäden auflistet, die die Blockade für die Wirtschaft, Gesellschaft und Bevölkerung unmittelbar verursacht, sollen europaweit

Aktionen unter dem gleichen Motto durchgeführt werden.

Inhalte der Kampagne

Breitere Teile der Bevölkerung sollen über die weithin unbekanntere US-Blockade und ihre Folgen sowie die extraterritorialen Auswirkungen auch in Europa informiert, gleichzeitig die Errungenschaften des sozialistischen Kubas dargestellt werden. Beispielhaft zu erwähnen ist das kostenlose Gesundheits- und Bildungssystem. Es ermöglicht, dass Kuba nicht nur gut mit der Corona-Pandemie im eigenen Land zurechtkommt und medizinische Brigaden zur Hilfe im Kampf gegen Covid-19 in alle Welt entsendet, sondern selbst Impfstoffe entwickelt, die kostengünstig im globalen Süden Verwendung finden sollen. Vier Vakzine sind derzeit in klinischer Erprobung.

Mit Ausnahme weniger Länder stimmt die UN-Staatengemeinschaft der Kuba-Resolution mit großer Mehrheit zu. Leider folgen daraus keine Taten. Die EU hat zwar mit Kuba einen Vertrag zur engeren Zusammenarbeit abgeschlossen, wendet aber ihre eigenen Regeln zur Abwehr der extraterritorialen Anwendung der US-Blockade nicht an. Ganz zu schweigen von der deutschen Außenpolitik. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

Friedensnobelpreis an die „Henry-Reeve-Brigade“

Gemeinsame Aktivitäten sollen mit der Europäischen Linken und der Kuba-Solidaritäts-



gruppe im Europäischen Parlament entwickelt werden. Mitglieder dieser Gruppe und Abgeordnete der Linken im Bundestag haben den Vorschlag an das Nobelpreiskomitee in Norwegen eingereicht, den Friedensnobelpreis zu verleihen (→ siehe Seite 7). Auch aus den Parlamenten Irlands, Großbritanniens, Belgiens und der Slowakei gibt es bereits solche Initiativen; Namibias Regierung unterstützt diesen Vorschlag.

Diese Inhalte sollen vor Ort im Rahmen der UnblockCuba-Kampagne aufgegriffen und öffentlichkeitswirksam dargestellt werden. Die europäische Politik ist von großer Bedeutung für Kuba. Wir rufen die Kubafreunde auf, mitzumachen! Informationen und Material zur Kampagne unter www.unblock-cuba.org.

Angelika Becker, Miriam Näther

Impressum

Herausgeber: Cuba Sí, Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55, 56
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

V.i.S.d.P.: Miriam Näther
Druckerei: SAXOPRINT GmbH, Dresden
Auflage: 8 000
Redaktionsschluss: 1. März 2021
Cuba Sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Wer Kuba unterstützen möchte:
Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

● Berliner Sparkasse
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BELADEBEXX
Bitte Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder“, „Kuba muss überleben“, „Kuba muss überleben/ KRH2019 oder Gesundheit“

Cuba Sí

Was sonst noch geschah Vorschau

- 17. 10. 2020: Online-Auftaktveranstaltung „#UnblockCuba“ der *jungen Welt* mit dem ICAP Havanna, im Internet unter <https://www.unblock-cuba.org/aktuelles/video-aktionsauftakt-fuer-unblockcuba/>
- 9. 1. 2021: erfolgreiche „Rosa-Luxemburg-Konferenz – online“, mit 15 000 beteiligten Endgeräten und ohne technische Probleme; Kuba war rund eine Stunde lang Thema mit einem Vortrag von Enrique Ubieta, Redakteur von *Cuba Socialista*, einem Grußwort von ICAP-Präsident Fernando González Llort und Informationen zu UnblockCuba, moderiert von Miriam Näther (Cuba Sí)
- 30. 1. 2021: Mitgliederversammlung des Netzwerk Cuba mit einem öffentlichen Teil: „Cuba, die aktuelle wirtschaftliche Lage, die neuen Maßnahmen & Perspektiven“ mit Dra. Silvia Odriozola Guitart, Dekanin der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften/Universidad de La Habana
- 16.–19. April 2021: VIII. Parteitag der PCC, Infos: <http://de.granma.cu/>
- 24. April, Berlin: UnblockCuba – Fahrrad-demo von Kubanischer Botschaft zur US-Botschaft, Infos: www.fg-berlin-kuba.de
- Mai 2021: UN-Abstimmung über die US-Blockade auf die Resolution Kubas, Infos: <http://de.granma.cu/>
- 5.–6. Juni 2021: internationale Konferenz „Militarisierung und Frieden in Lateinamerika und der Karibik“ des Netzwerk Cuba gemeinsam mit Friedensorganisationen, Infos: www.netzwerk-cuba.de
- 23. Juli 2021: Cuba Sí wurde vor 30 Jahren als Arbeitsgemeinschaft beim Parteivorstand der PDS (heute DIE LINKE) gegründet. Infos: www.cuba-si.org

Termine bitte aus Gründen der Corona-Pandemie auf den unter Infos genannten Internetadressen auf ihre Aktualität überprüfen.